

Bezugspreis:
Mitteldeutschl. 36. — M. monatl. 12. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12. — M. einj. 120. — M.
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemalige deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 22. — M. für
das übrige Ausland 24. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Estland, Litauen, Lettland,
Dänemark, Holland, Belgien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Dreimäx“ und der
Beilage „Erziehung und Reingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigepreis:
Die langgehaltene Komparativliste
loftet 7. — M. „Kleine Anzeigen“
das langgedruckte Wort 2. — M. (zu-
läufig zwei langgedruckte Worte), jedes
weiter Wort 1.50 M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.50 M. jedes weitere Wort
1. — M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Wochentage 2. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anwerbsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4. Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Gestrichen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 24. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anwerbs-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Kampf dem Wucher!

Dem Wucher soll ernsthaft zu Leibe gegangen werden. Der preussische Innenminister, unter Genosse Severing, hat einen ausführlichen Minderlaß herausgegeben; wir bringen ihn an anderer Stelle. Das ist ein erster Schritt. Wir begrüßen ihn. So muß es sein: im ganzen Lande, vom kleinsten Ort bis zur Großstadt, überall ist jetzt Ernährung und Bekleidung in ihrer Preisgestaltung unter öffentlicher Kontrolle zu halten. Man kann von der Seite des letzten Käufers der Ware her, von der Verbraucherseite, gerechte und ungerechte Preissteigerungen am ehesten allgemein beobachten. So fällt der Gesamtöffentlichkeit eine große Aufgabe zu. Damit, daß der ehrliche Handel, das solide Geschäft, die Interessenten selbst an der Wucherkontrolle mitarbeiten, ist es noch nicht getan. Das Publikum, die große Masse, der einzelne, die Hausfrau, sie müssen jetzt aus ihrer Reserve und — folgen wir es offen — aus ihrer Aengstlichkeit, bei der Wucherbekämpfung persönliche Mühen zu haben, heraus!

Zur Wucherbekämpfung durch Behörden und Verbraucher gehört aber, wenn nicht das Gegenteil des Notwendigen erreicht werden soll, der ruhige Markt. Der ehrliche Händler, der die Ware im Kleinen bezieht und absetzt, der solide Geschäftsmann, der nach den Grundätzen anständiger kaufmännischer Praxis die Preise bestimmt, er ist unter allen Umständen zu schützen, er ist notwendig, er ist ein berechtigtes Mitglied in der Bedarfsbefriedigung. Der Wucherer, der Betrüger am Volkswohl, er gehört vor das Gericht, an den Schandpfahl. Das ist aber und muß es bleiben: eine Arbeit der dafür verantwortlichen Organe und Behörden. Mit Fenster Scheibeneinschlägen und Margarine in den Straßenschmutz werfen, erreicht man keine Senkung der Preise.

Besonders erfreulich ist, daß die Maßnahmen gegen den Wucher nicht beim letzten Verkäufer, der oft genug auf die Preisgestaltung nur den allergeringsten Einfluß hat, stecken bleiben sollen. Es muß der Weg der Ware vom Kleinhändler aus über den Vermittler und Großhändler bis zum Produzenten zurückgegangen werden. Hier sieht oft, von der Öffentlichkeit niemals behelligt und von der Allgemeinheit kaum je in seiner verderblichen Wirkung erkannt, derjenige, dessen Profitgier sich in tausend Kolonialwarengeschäften, in den Kleider- und Schuhpreisen ganzer Provinzen und Länder auswirkt. Deswegen ist die jetzt in Gang kommende Wucherbekämpfung nur ein Anfang.

Die Ausbeutung des Volkes beginnt oft genug schon beim Import. Bis herhin müssen die Wucherpattouillen beantragen. Man fasse im Bedarfsfall nicht bloß nach den fünf Pfund Zucker beim Kleinhändler, man durchsuche die Hauptbücher wucherischer Großimporteure. Aber auch das ist nur ein Teil der Aufgaben, die zur Wucherbekämpfung gehören.

Es hat seine Gründe nicht bloß in der Entwertung der deutschen Mark, daß die Aktien aller deutschen Zuckerfabriken heute im allgemeinen unter einem Kurs von 2000 nicht zu haben sind. Hier wird am Volkvermögen gewuchert. Es gibt heute keine Zuckerfabrik mit schlechten Einnahmen. Sie ersticken im Geld und täuschen der Öffentlichkeit durch Kapitalerhöhungen Geldmangel vor, nur um auf unehrlichem, wenn auch leider immer noch gesetzlich erlaubten Wege Millionen und aber Millionen in die Taschen ihrer Interessenten abfließen zu lassen.

Man untersuche die Hauptbücher der deutschen Textilfabriken. Die Preise für Anzüge machen nicht allein die Konfektionäre, sie werden zu einem guten Teil von den Stofffabrikanten bestimmt. Wenn die Rohstoffe bei ihnen, vor vielen Monaten eingekauft, heute unwirklich hoch berechnet werden, so ist das Wucher. Und wenn in den Textilfabriken die vorhandenen Rohstoffe bilanzmäßig mit den lächerlichsten Beträgen erscheinen, wenn sie künstlich bis ins geradezu Fantastische unterbewertet werden, nur um der Öffentlichkeit die wahren Gewinne zu verschleiern, so ist das Wucher. Wenn große Aktienunternehmen, die zu den Hauptlieferanten der Deutschen Reichsbahn gehören, ihr Aktienkapital immer wieder verdoppeln — es sei nur an die Firma Schwarzkopf erinnert — und die neuen Aktien zu pari ausgeben, obwohl die alten auf 2000 stehen, so ist das nichts anderes als der Versuch, die Öffentlichkeit über die ungeheuerlichen Gewinne, die man aus Staatslieferungen erzielt hat und fortlaufend weiter erzielt, zu täuschen.

Das Kapital leidet heute in Deutschland keine Not, es lebt vom Wucher. Sonst würde man die ungeheuerlichen Gewinne aus Erhöhungen der Aktienkapitalien nicht mehr oder weniger versteckt den einzelnen Aktienbesitzern, sondern offen den Unternehmen selbst zukommen lassen, wie es früher üblich war. Auch hier wird Wucher am allgemeinen Volkvermögen betrieben. Wenn eine Schokoladenfabrik, wie Scrotti, immer erneut

die größte Mühe aufwenden muß, um ungeheuerliche Gewinne zu verstecken oder heimlich an ihre Aktionäre abfließen zu lassen, wenn Lederfabriken ihre Bestände, die seit Monaten liegen, einfach mit neuen, den derzeitigen „Verhältnissen“ angepaßten Preisen versehen, wenn das ihnen die Schuhfabriken und die Stiefelgeschäfte nachmachen, so muß zugepackt werden.

Aber vergessen wir nicht: das, was sich heute auf dem Devisenmarkt abspielt, das ist zu einem wesentlichen Teile nichts anderes als Wucher. Es wird mit englischen Pfunden, es wird mit Dollar gewuchert. Die Schwierigkeiten derjenigen, die ausländische Wäbungen zum Einlauf von Rohstoffen brauchen, das Reich, das sie zur Erfüllung seiner Verpflichtungen benötigt, sie werden mißbraucht, sie werden bewuchert.

Man fasse auch die Hauptbücher der deutschen Exportfirmen, die Tag für Tag in Millionenwerten mit dem Ausland handeln, ohne daß das Ausland die dabei erzielten, in ausländischer Währung auf den Banken des neutralen Auslandes sich ansammelnden Beträge jemals kennen lernt.

Es sei nochmals wiederholt und unterstrichen: Fassen wir nicht nur die Kleinen, die Großen müssen unter die Kontrolle der Wucherergesetzgebung gestellt werden. Sicher ist dabei viel Unverstand zu überwinden. Man sage nicht, daß er nur auf der Seite der Konsumenten sich befindet, die wegen des Margarine- oder Schmalzpreises mit ihrem Kleinhändler in die Haare geraten. Ist es doch möglich geworden, daß die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin, die Organisation der Ladenbesitzer, sich gestern nachmittag beim Polizeipräsidenten über die „verlehten Maßnahmen der Regierung, wie z. B. den bekannten Wuchererlaß“ beschwert hat. Diese Unternehmer glauben es ablehnen zu müssen, daß die volkswirtschaftlich unzulänglich geschulten Beamten der Wucherabteilung des Polizeipräsidenten bei Beschlagnahme ufm. von sich aus bestimmen, was Wucher ist. Die Ausführungsverordnung des Ministers Severing zeigt ihnen, daß sie völlig im Unrecht sind. Um so unverständlicher erscheint es, daß eine solche beachtenswerte Unternehmerorganisation Schritte unternimmt, die in ihrer Auswirkung nicht anders ausgefaßt werden können, als der Versuch, eine energische Wucherbekämpfung zu unterbinden.

Wiederholen wir, daß der Erlaß des preussischen Innenministers zur Bekämpfung des Wuchers nur ein Anfang sein kann. Ihm muß die gesamte Gesetzgebung folgen. Sie hat sich auf alle Zweige der Versorgung des deutschen Volkes auszudehnen. Sie darf nicht nur von unten bei dem kleinsten und letzten Verkäufer anfangen, sie soll nicht nur dem Zufluß der Waren rückwärts verfolgen, sie hat auch in großartigstem Umfange von oben herab, von den ganz Großen her der Kampf gegen den Wucher zu unterstützen. Man schütze jedes reelle Geschäft, aber man schütze auch die Bevölkerung vor unredlichen Manipulationen durch schärfste Eingriffe, nicht nur mit Strafen, die, wenn sie auch hoch klingen, womöglich nur einige Goldpfennige darstellen. Härteste Strafe muß den treffen, der die Armen und Ärmsten ausbeutet.

Wuchererlaß des preussischen Innenministers

Durch den Preussischen Pressedienst wird folgender Erlaß verbreitet, den der preussische Minister des Innern unter dem 23. November zur Bekämpfung des Wuchers erlassen hat:

„Mein Herr Amtsvoorgänger hat mit dem Erlaß vom 14. September 1921 (II L. P. 1731) die nachgeordneten Polizeibehörden angewiesen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften den wucherischen Preissteigerungen, die sich im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs allenthalben bemerkbar machen und im steigenden Maße weite Kreise des Volkes aus schwerster Beunruhigung, entgegenzusetzen. Die seitdem eingetretene weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage veranlaßt mich, diesen Erlaß, der nur die unlauteeren Elemente treffen sollte, in Erinnerung zu bringen.

Es ist Pflicht der Polizei, der weiteren wucherischen Ausbeutung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die realen Erzeuger und Händler vor Mißdeutungen und Angriffe zu schützen, daß die schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen eisern entfernt werden.

Ich ersuche daher, den Erlaß meines Herrn Amtsvoorgängers mit aller Entschiedenheit unter Ausnutzung der gesamten Polizei zur Durchführung zu bringen, insbesondere auch die angeordnete Mitwirkung der Schutzpolizei, in der sich viele auf Grund ihrer früheren Tätigkeit für diese Aufgaben geeignete Kräfte befinden, planmäßig auszugestalten und zu steigern. Die Beamten der Schutzpolizei werden in noch weiterer Nähe herangezogen werden können, als dies in dem Erlaß vom 14. September 1921 vor-

gehen ist; sie werden mit bestimmten Anweisungen zur Feststellung offenkundiger Wuchersfälle zu versehen sein, ferner zweckmäßige Verwendung finden können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die

bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung jurüdgehalten

werden. Die Schutzpolizeibeamten werden durch besondere Unterweisung sichtlich über die ihnen neu gestellten Aufgaben zu belehren sein.

Die mit Ermittlungen in Ladengeschäften beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einschreiten, so daß jede Ausregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeiliche Maßnahme selbst vermieden wird, andererseits aber mit der nötigen Bestimmtheit gegenüber dem Inhaber vorgehen, so daß eine völlige Klarstellung des Verhältnisses seiner Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird. Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der Identität der zum Verkauf gestellten Ware mit der durch Einkaufsbelege nachgewiesenen, besteht also der Verdacht, daß für ältere, zu niedrigeren Preisen erstandene Ware Einkaufsbelege aus jüngerer Zeit mit höheren Preisen vorgezeigt werden, so erscheint eine

gründliche Geschäftsrevision durch berufene Kräfte

unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des realen Handels geboten. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen, gegebenenfalls unter Abtrennung des mit größter Beschleunigung zum Abschluß zu bringenden und alsbald der Staatsanwaltschaft zu zuführenden Verfahrens gegen den Kleinhändler, auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur

zu erstrecken. Bei diesen weitergehenden Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rückständig zu beschlagnahmen und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher

nicht nur in den Großstädten scharf gehandhabt

werden. Dies würde die unerwünschte Folge zeitigen, daß die Ware, nach der allenthalben dringendster Bedarf besteht, von den Großstädten ferngehalten und nur in den Kleinstädten wie auf dem Lande zum Abjaß gebracht würde. Dem kann, wie überhaupt dem Wucher, nur dadurch vorgebeugt werden, daß überall in gleicher Weise eingeschritten wird.

Bei der Anwendung des Erlasses vom 14. September 1921 ist es als besonderer Mangel empfunden worden, daß den Polizeibeamten nicht zahlenmäßige Angaben über die zulässigen Preise in der Form von Höchst- und Richtpreisen gemacht werden können. Soweit nicht andere zuverlässige Unterlagen für die Preisbemessung gegeben sind, ist unter anderem diejenige Preisfestsetzung, die in den vom Staatskommissar für Volksernährung angebahnten Lieferungsverhandlungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherverbänden getroffen ist, bei den Unterweisungen der Beamten als Anhalt für die zulässige Preishöhe zu verwerten.

Für den Kartoffelhandel insbesondere werden sich solche Anhaltspunkte aus den Gutachten ergeben, die von den gemäß dem Erlaß des Staatskommissars für Volksernährung vom 10. November 1921 (VII A 3163) durch die Oberpräsidenten zu bestellenden Sachverständigen erstattet werden. Auch bei dieser Gelegenheit bringe ich die gesetzlichen Bestimmungen, die die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel bezwecken, erneut in Erinnerung. Die Kreise des Handels beklagen sich selbst über die Durchführung ihres Standes mit ungeeigneten und unzuverlässigen Elementen. Eine scharfe Handhabung dieser Bestimmungen dient also nicht nur dem Besten der unter ihrem Treiben besonders leidenden Verbraucher, sondern auch dem des Handels selbst.

Endlich weise ich darauf hin, daß von den mit der Wucherbekämpfung betrauten Behörden auch

die tatkräftige Hilfe rechtlich denkender Kreise des Volkes

in Anspruch genommen werden muß. In diesem Sinne müssen vertrauenswürdige Vertreter der Erzeuger, unter ihnen der Landwirte, weiter der Händler und der Verbraucher in weitem Umfange zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Anzeigen ist mit Eifer nachzugehen.

Andererseits ist allen Kreisen der Selbsthilfe der Verbraucher vorzuzulegen und gegebenenfalls allen Wucherungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten; durch hinreichenden und zeitigen Einfluß von Schutzpolizei muß die Sicherheit der Verkaufsstätten und der Inhaber unbedingt gewährleistet werden.

Um die Einheitlichkeit in der Provinz sicherzustellen, ersuche ich, bei allen grundsätzlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten vorzugehen.

Dieser vom Innenminister Severing gezeichnete Erlass ist an alle preussischen Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten gerichtet.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages besprach am Mittwoch bei Beratung des Gesetzesentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln die Mängel der Kartoffelverföhrung besonders in Industriegebieten. — Staatssekretär Huber gab eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß noch am gleichen Tage die Verordnung zur Einschränkung des milden Aufkaufwesens hinausgehen werde. Die über Maßnahmen zur Eindämmung der übertriebenen Preisentwicklung geführten Verhandlungen hätten zu dem Ergebnis geführt, daß in einer Reihe der Landesregierungen ersucht würden, folgende Maßnahmen zu treffen: Auf Grund der Richtlinien für die Preisbemessung sollten unverzüglich in den einzelnen Ländern Kommissionen aus Landwirten, Händlern und Verbrauchern unter amtlicher Leitung und unter Hinzuziehung von Staatsanwaltschaftsbeamten die für ihre Bezirke angemessenen Preise, zunächst für die Abzweige zwischen landwirtschaftlichen und Verbraucherorganisationen, festlegen. Diese Preise sollen als Richtschnur für das Vorgehen gegen den Wucher gelten. Beamte des Ministeriums werden in die Haupterzeugungsgebiete geschickt, um den Abschluß von Lieferungsverträgen zu fördern. Vom Ministerium wird eine auf einer Durchschnittsernte beruhende Berechnung angemessener Kartoffelpreise den Landesregierungen zugesandt, damit im ganzen Reich eine möglichst gleichmäßige Preisfestsetzung erfolgen kann. Angenommen wurden ein deutschnationaler Antrag, der die Ermittlung der Erzeugungskosten den dazu bestellten örtlichen Kommissionen überträgt, ebenso zwei sozialdemokratische Anträge, deren einer amtliche Feststellung der bisher nicht erfüllten Lieferverträge und Maßnahmen fordert, damit diese Erfüllung schleunigst erfolgt. Der zweite sozialdemokratische Antrag fordert Feststellung der Winderdeckung an Kartoffeln in den einzelnen Städten bzw. Bezirken als Unterlage für eine zweckmäßige Verteilung.

Für die ganze Internationale.

Brüssel, 23. November. (W.B.) Wie die „Agence Belge“ meldet, hat der Vorkongress der zweiten Internationale, der unter dem Vorsitz Vanderweeldes in Brüssel zusammengetreten ist, einen Beschluß gefaßt, wonach eine Internationale Sozialistenkonferenz einberufen werden wird, um die Einheit der Internationalen wiederherzustellen, und an der Abrüstung Europas und der Befestigung des Friedens zu arbeiten. Der Ausschuss beschäftigte sich ferner mit der Lage in Georgien, welcher sprach er sich mit Nachdruck gegen eine neue Abgabe an die Bolschewiki in der Angelegenheit der Hilfeleistung für die Hungernden in Rußland aus. Die zweite Internationale wolle gern an der Hilfsaktion mitarbeiten, jedoch nur gemeinsam mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Eröffnung der deutsch-polnischen Konferenz.

Unter-ausschußberatungen in Danzig.
Gené, 23. November. (W.B.) Heute vormittag wurde im Völkerbundpalast die polnisch-deutsche Konferenz durch eine Begrüßungsansprache des Generalsekretäres des Völkerbundes Sir Eric Drummond und durch eine Eröffnungsrede des Präsidenten Felix Calonder eröffnet, auf die Reichsminister a. D. Schiffer und der polnische Bevollmächtigte Dyzowski antworteten.

Eine zweite Sitzung fand am Nachmittag statt, in der der Arbeitsplan besprochen wurde. Es wurde beschlossen, die Materie auf elf bis zwölf Unter-ausschüsse zu verteilen, die voraussichtlich in Danzig tagen werden. Eine dritte, voraussichtlich die letzte Genfer Sitzung der beiden Abordnungen findet morgen nachmittag statt.

Am Schluß der zweiten Sitzung gab die Konferenz folgende amtliche Mitteilung heraus: Der von den alliierten und assoziierten Hauptmächten angenommene Beschluß des Völkerbundrates über

Oberschlesien steht ein Abkommen zwischen Polen und Deutschland zur Regelung des Ubergangeregimes in Oberschlesien und des Minderheitenschiedes vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz fand heute im Völkerbundsekretariat unter Vorsitz Herrn Calonders statt. Deutschland war vertreten durch Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär z. D. Lewand und den Grafen Schulenburg vom Auswärtigen Amt, Polen durch den bevollmächtigten Gesandten Kasimir Dyzowski, den Legationsrat Serawski und den Sekretär im Ministerium des Auswärtigen Kramholt.

Nach einigen Begrüßungswörtern des Generalsekretärs eröffnete Calonder die Sitzung, indem er seine Aufgabe charakterisierte. Beide Vertretungen legten Wert darauf festzustellen, daß sie mit dem größten Geist der Versöhnung an ihre Aufgabe herantreten würden und mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt an einer befriedigenden Lösung der durch die Teilung Oberschlesiens aufgeworfenen Fragen interessiert sei.

Ueber das einzuschlagende Verfahren fand eine Vorbesprechung statt. Ein von Dyzowski vorgeschlagener und unterbreiteter Vorschlag wurde als Verhandlungsbasis angenommen. Die Konferenz unterjuchte namentlich die Frage der Arbeitsverteilung auf verschiedene Unterkommissionen und die Frage, an welchem Ort die Unterkommissionssitzungen stattfinden sollten. Die Aussprache über diese verschiedenen Punkte wurde auf morgen vertagt.

Horthy-Telegramm und Reichsregierung.

II. verbreitet folgende Meldung: Das Telegramm des Reichs-erwerfers Horthy an den Prinzen Rupprecht ist Gegenstand von Beratungen innerhalb des Reichskabinetts gewesen. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, dem Wunsche der Sozialdemokratie nicht nachzukommen, die eine Verwahrung an die Adresse Ungarns forderte. Bismere wird auf diplomatischem Wege der ungarischen Regierung zu verstehen gegeben werden, daß eine Wiederholung derartiger verantwortlicher Kundgebungen zur politischen Beunruhigung des deutschen Volkes beitragen müßte.

Wie wir dazu an zuständiger Stelle erfahren, entspricht diese Meldung in keiner Hinsicht den Tatsachen. Eine Entscheidung über die in die Wege zu leitenden Schritte ist bisher noch nicht erfolgt. Im übrigen ist nicht recht ersichtlich, welcher Unterschied zwischen ungarischer Forderung und der angeblichen Entscheidung des Kabinetts besteht. Wir wünschen, daß der ungarischen Regierung das Angehörige ihres Verhaltens zum Bewußtsein gebracht wird. Nicht mehr und nicht minder. Alle Haarspaltereien müssen wir schon der II. überlassen. Oder ist der Zweck ihrer voreiligen Verlautbarung der, uns von vornherein von der Last eines Erfolges in dieser Frage zu befreien?

Verhaftete Seheimbündler.

Der Verband nationaler Offiziere im Komplott.

Auf Veranlassung der badischen Landesbehörden wurden in den letzten Tagen in Berlin verschiedene Personen wegen Geheimbündelei verhaftet. Es handelt sich, wie die II. erzählt, um Mitglieder der aus der Eyrberger-Affäre bekannt gewordenen Geheimorganisation C, die ihren Sitz in München hat und über das ganze Reich verbreitet ist. Unter den Verhafteten befinden sich der Geschäftsführer und zwei Kassierer des „Verbandes der nationalgesinnten Offiziere“, Berlin, Schellingstraße.

Der bayerische Festungskrieg.

München, den 23. November. (Eig. Drahtbericht.) In Bayern ist wegen des Beschlusses der Reichstagskommission, auch die Zustände in der Festung Niederschönenfeld zu untersuchen, ein künstlich hervorgerufener Sturm der Entrüstung entsetzt worden. Die „Bayerische Staatszeitung“ geht dieser Propaganda mit der Drohung einer Abtrennung Bayerns vom Reich voran, und schreibt: „Die Ausführung des Beschlusses der Reichstagskommission könnte unter Umständen von einer Tragweite für die Weiterbildung des Reichsverfassungsrechtes werden, die sich heute kaum übersehen läßt. Der Ministerpräsident hat inzwischen an die Leitung der Straf-

anstalt die Befehle erteilt, ein Betreten der Anstalt durch die Untersuchungskommission unter Umständen mit Gewalt zu verhindern.“ Die „Augsburger Abend-Zeitung“ faßt ihre Auffassung über die Wahrung der Justizhoheit Bayerns in die Worte zusammen: „Die Stätte der Gerechtigkeit darf nicht zum Tummesplatz des Pöbels werden.“

Genosse Nikisch sagte mit Recht im Landtag: „Er wundere sich, daß man sich erregt, wo es doch die schönste Aufgabe der Reichsregierung sei, verletztes Recht wiederherzustellen und mißhandelte Staatsbürger zu ihrem Rechte kommen zu lassen, auch wenn sie in Bayern wohnen.“

Inzwischen hat das bayerische Justizministerium gegen die „Münchener Post“ eine gerichtliche Unterlegung wegen Hochverrats einleiten lassen, da ihm die Wohnung dieses Blattes, mit den bayerischen Nord- und Geheimbundorganisationen aufzuräumen, un- bequem geworden ist.

Der Hungerstreik im Erlöschen.

In Richtenburg stehen nur noch vier, in Fort Zinna bei Torgau zwei, in Torgau selbst acht Gefangene, insgesamt also nur noch 14 von ursprünglich 128 im Hungerstreik. Nach dem ärztlichen Befund ist der Puls bei einigen schwach, Lebensgefahr ist bei keinem vorhanden. Bei den anderen ist allgemeine Erholung festzustellen. Darmstörungen sind nicht eingetreten.

In Raugard war ein Hungerstreik ausgebrochen. Das preussische Justizministerium hat am Dienstagabend einen Kommissar hingeschickt. Der Hungerstreik ist inzwischen aufgegeben worden.

Den Untersuchungsbericht des Landtagsausschusses findet der Leser im Landtagsbericht.

Kollets Kinderangst.

Erfurt, 23. November. (W.B.) General Kollet besichtigte heute nachmittag das Werk Erfurt der Deutschen Werke. An der Besichtigung, die etwa zwei Stunden dauerte, nahm auch der Betriebsrat teil. In der sich anschließenden Besprechung meinte General Kollet, indem er besonders auf den Bau von Schreibmaschinen hinwies, daß sich das Werk vollkommen umstellen lasse. Auch die Fabrikation von Jagdwaffen müsse Frankreich als gefährlich angesehen.

Ein hiesiger Berichterstatter meldet: Als der Betriebsrat den General Kollet darauf hinwies, daß er die Fabrikation von Militärwaffen unter allen Umständen verhindern würde, sagte General Kollet in deutscher Sprache: „Das sagen Sie, aber nicht Ihre Kinder!“

Die belgischen Wahlen.

Brüssel, 23. November. (Agence Belge.) Bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften gewinnen die Katholiken acht Sitze; die Sozialisten verlieren vier Sitze, der Besitzstand der Liberalen bleibt unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Frontpartei, die Mittelstandspartei und die Partei der nationalen Wiedergeburt verlieren je einen Sitz. Von den der Neuwahl unterliegenden 93 Sitzen im Senat erhalten die Katholiken 42, die Sozialisten 3 und die Liberalen 18.

Hölz schwer nervenleidend. Wie die Korrespondenz W.B. meldet, hat vor zwei Wochen Dr. Schmitz, Arzt in Bad Ems, mit Genehmigung des Justizministers Max Hölz besucht und seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß Max Hölz krank und nicht kampf- fähig sei. Beiden Sonntagen und Sonntag fanden Konferenzen im Justizhaus zu Münster zwischen Justizrat Dr. Broh, dem Verteidiger von Max Hölz, dem Geheimen Regierungsrat Humann, dem Vertreter des Justizministers, ferner dem Anwaltsdirektor und dem Universitätsprofessor Loebben, dem leitenden Anwaltsrat, statt. Auch letzterer erklärte Hölz für zweifellos krank und schwer nervenleidend. Nach Angaben seines Verteidigers leide Hölz an Nervenschmerzen und ist so schwach, daß er oft hinfällt und sich dabei angeblich Verletzungen zugezogen hat. Vor allem klagt er über Mangel an Luft. Es wurden Liege- stühle auf dem Hofe des Jagarettis angeregt; Hölz sowie sein Verteidiger bestanden jedoch auf Verurteilung in ein Sanatorium, da Hölz in seinem jetzigen Zustande weder eine Gefahr bilden noch flüchten könne, andererseits im Justizhaus zugrunde gehe.

Kreisleriana.

Konzert-Umschau von Kurt Singer.

Den Kreisler des Dichters Hoffmann, der in begeisterter Liebe zu Mozart sich Amadeus nannte, den Pharisäer-Kreisler, den Brahms und Schumann, Offenbach und Wagner liebten, den meinen wir heute nicht. Keine Zeit ist zum Spaz, und die trockne Weltgegenwart lehrt uns, daß leider zwischen der romantisch-geistreichen Welt des Scheins und der Wirklichkeit doch so tiefe Unterschiede sind, wie sie nur die rosige Brille eines grotesk-großartigen Dichters übersehen konnte. Der Zauber aller Romane bleibt, auch wenn unter ihren Kreisler im Bunde mit Nikisch musiziert. Das alte Bild der gehobenen Stimmung im philharmonischen Konzert, das Publikum ein wenig leiser und stiller nach Collois Manier. Und sensationellere. Das sonst so öde Haus ist feierlich und hell. Nikisch läßt seine Truppe auf gelben Revalo-Geigen spielen, die dumpf, stumpf, sehr kräftig und sehr wenig edel klingen. Und doch — doppeltes Wunder der Regie! — begleiten sie das Beethoven'sche Konzert mit düstiger Stille, fast lautlos, aufhorchend. Es lohnt sich: Kreisler macht zwar in dem Allegretto ein paar willkürliche Tempo-Änderungen, die im Zwischenspiel Nikisch kug und Übergangs- formen pariert. Aber was beugt das gegen die stark-geistige und warm-stimmliche Einwirkung eines Musikers und Virtuosen in die höchste Atmosphäre größter Musikwerke! Die Kreisler'sche Kadenz zum ersten Satz ist schlechter als ein Reisterstück, sie überträgt im virtuosen Glanz und in der massenhaften Durchdringung auch die Doodalmische. Ganz köstlich, wie im Effortspiel die Themen weit und eng nebeneinander laufen und sich zu umschlingen scheinen! Kreisler, der Mensch und Virtuos, wurde so enthusiastisch gefeiert, wie sonst nur Nikisch selber an dieser Stätte, und auch jetzt wieder, da ihm die deutsche Erde zurückgewonnen hat. Er spielt jetzt in ganz Deutschland für die Armen, die Kinder, die Geschädigten und Kranken. Wie wäre's wenn dieser feine Mann, der im Gefühl seiner Berufung keinem Wünsche taub bleibt, statt für die Armen nun auch einmal vor den Armen, vor den Erbschwachen, vor den Schwerstarbenden spielte? Welch ein Glück, die Erleuchtung und Begeisterung aus den tränenden Augen derer zu lesen, die zum ersten und vielleicht einzigen Male das Konzert der Konzerte von Reisterhand gespielt hören. Und dazu: Nikisch's Bruder- Gebet!

Welch Zusammenhang der Dinge! Die Klinalers spielen ein Streichquartett von Kreisler; wir werden gespannt darauf achten. Aber erst muß der Blick vom Reisterdichtigen weggewandt werden zu einem unbeholfenen, dem der Ruf eines Reister-Direktors vorausgeht, und der mit sehr unklaren Verbindungen über der IX. Einforte seines Gottes in Schweif gerät: Klaus Bringsheim. Ueber die Verwirrung und Verwirrung dieses nur noch in genialischen Tuffern aus Erinnerung und Tschal- kow'sch-Schmerz mit blendendem Werke ist hier schon mehrfach gesprochen worden. Im Sirkus zerfallt das innerlich zerfetzte und Gefaserte noch mehr. Nur Teile werden geschloffen hörbar, auch hier- roden, einfarbig, unbeschwingt, kalt. Statt in vier Sätzen zu irrieren, springen die Reister'schen mit zwei lächerlichen Sätzen in die Totenknospenfreiheit hinaus.

Und wieder mahnt etwas rückläufig an Kreisler, der als Rof- rab unerhört bleibt, und mit dem zusammen man überhaupt nur noch zwei lebende Geiger in einen goldenen Topf werfen kann. Eine Atempause also: Steffi Kofchate-Thoma! sie keine große Geigerin und wird keine werden, selbst wenn sie ihr Lampen- fieber und ihre Speichensicherheit überwunden hat. In der Kammer- musik macht sie gute Figur, als Salkittin mit Orchester scheitert sie. Ein Wagnis, gleich das Violinkonzert von Dohnanyi nachzuspielen. Griffe und Läufe werden durch Zufall auch einmal ganz richtig und ganz sauber, und eine Kamillene schmeigt sich sogar sanft ins Herz. Bei so schlechter und wackelnder Haltung der Geige, bei so steifer Gelenktechnik aber kann kein Ton tragfähig groß bleiben. Hier ist von Grund aus neu zu lernen, damit ein schönes Talent nicht um- komme. Hildebrand hat alle Beschäftigkeit auf, um die Fäh- nisse vergessen zu machen.

Ueber Steffi Kofchate, die schon besser spielte, kann man ernst- haft sprechen (und vielleicht einmal böse werden); sie bleibt auch bei Indispositionen und Schulvergeßlichkeit beachtenswert. Ueber Julius Sider aber ist zu lachen, oder wäre zu lachen, wenn Restame ihn nicht zum Genie stempte. Hier eigene Konzerte: da heißt es warnen. Nicht weil Sider schlechter spielt, wie ein durchschnittlicher Konfessionarist, sondern weil er sich nicht entblödet, einigen hundert Hörern köstliche Werke in einer Verballhornung eigener Faktus stümperhaft vorzuführen (Beethoven, Schubert). Auch der Bekehrter Goehr am Flügel dürfte solchen Schnitzsinn nicht mitmachen; er bringt sich um einen Ruf, noch bevor er ihn hat. Sider ist Jurist und Doktor und Romanschriftsteller. Nun: Kervenheiltsunde hat er nicht studiert. Und in den Klirren des Teufels wäre noch ein Blick für sein charakteristisch geschnittenes Profil. Ein unheim- licher Gott! So etwas kann nur in Berlin existieren und Erfolg haben. Die Manierlichkeit allein genügt schon für den Beifall, auch ohne Talent. Edward Weiß hat viel Talent; er sollte die Sucht, in Busonis Manier zu spielen und seinem Jünglingsgesicht die schlecht- passenden Alterszüge aufzusetzen, aufgeben. Anschlag, Fülle des Tons, persönliche Fühlungnahme mit dem Werk interessieren selbst bei so überflüssigen Stücken wie den Gärten Altans. Sehr viel be- schreibener gibt sich Günther Homann: ein technisch versierter, postivvoll nachdenklicher, ruhig und sauber gestaltender junger Pianist.

Die Woche ist aus. Tonika und Dominante heißen Nikisch und Kreisler. Das ist für lange nicht aus dem Ohr zu schaffen. Und als künftiger Nebenakkord in der Großstadtmusik klinkt das Riten- scharfen-Konzert Mozarts nach, wunderbar von Brill und Saal hingekramt, geschmackvoll und ganz begleitet vom Orchester der Berliner Orgel.

Zustspielhaus: „Hahnenkampf“ von Lautensack.

Seht werden auch die Krümellein des seligen Heinrich Lauten- sack aufgespielt. Die „Hahnenkampf“ war seitigtes Volkstheater. „Das Gelübde“ erzählt ein Stück Hoffmann, in das der Theater- mann nicht oft eingedrungen war. Die Tragikomödie vom Hahnen- kampf verrät nicht viel von Lautensack's echtem Theaterblut. Alle Dinge und Menschen bleiben etwas in der Höhe. Alter Männer Kampf um das Weib, das eine bayerische Fuder ist. Der Apotheker

und ein halb Duzend der Dorfhoronationen haben das Weib für ihr Vergnügen geheuert. Sie läßt alles über sich ergehen, denn sie verbräutet viel von der Romneskraft. Nur zwei kommen auch an ihre Herz: der Apotheker und der Gendarm. Das gibt einen Hahnenkampf auf Tod und Leben. Die Flinte entscheidet, es bleibt der Gendarm, der junge, häßliche Keel, den die Frauen ständig am Wickel halten, auf der Wochst.

All dieses derbe Leben ist bayerisches Leben, Berapvolksmanier, Grobheit, die keine Grenzen und Schranken kennt, dialektisch ein- gefärbtes Menschentum. Im Zustspielhaus vermischt man das voll- kommen. Man gibt sich kaum die Mühe, das Stück zu lokalisieren. Selbst Albert Bassermann, der den Hauptbuben, den Apotheker spielt, verlagert in diesem Punkte. Lautensack besaß eine handfeste Geschicklichkeit, wenn er die Menschen mit ihren alltäglichen Widers- sprüchen und Gegensätzen auf die Bühne schleuderte. Die Männer, die sich bei Lautensack in die Knochen fahren und nach echter Bauernart zu holsen anfangen, klingen echt und wahrhaft. Nur geht es nicht, wenn sie aus ihrem Heimatboden entwurzelt werden. Schauspielerroutine kann niemals wirklich Volkstümliches erfassen. Und so ist es bedauernd, daß Albert Bassermann und Hermann Ballentin das Bauerntum nur mit einmaligen Mitteln dar- stellen. Ihr Mundwerk verjagte, und dieses Mundwerk raffelte selbst eindrucksvoll unter der Feder dieses armen, theatergerigen und zu Lebzeiten vom Theater immer wieder zurückgejagten Hein- rich Lautensack.

Da diese bayerische Komödie nur ein Kufriß und nichts Aus- geformtes ist, gab man noch Otto Erich Hartlebens „Sitt- liche Forderung“ dazu. Hier soll Bassermann der thürin- gische Kleinbäcker sein, der das forche Varietémädel erst mißachtet, aber schließlich doch mit Wonne in die Arme nimmt. Bassermann freigt den Ton sofort aufzusehr ins Flotte. Der Ledemann kommt bei ihm besser weg als der Speiser. Das entspricht dem Un- gehalte des kleinen Stückchens nicht. Und man fragt sich zum Schluß, warum denn Bassermann alle seine Rollen überschreit. Max Hochoff.

Aus Franz-Dieckhoff-Feyer, die die Volkshäuser am Montag, den 28. im Berliner Rathausaal veranstaltet, sind noch Ein- sichten zu 3 M. in der Buchhandlung Vorwärts, in der Be- wältigung der Volkshäuser, Minus 27, in der Volks- schulebuchhandlung, bei Tisch um, zu haben.

Im Kleinen Theater ist die Aufführung von „Die Liebe war's“ auf nächste Woche verschoben worden.

Im Theater am Kurfürstendamms findet am Donnerstag die 50. Aufführung des Lustspiels „Angeborg“ von Kurt Koch in der Premiere- belegung statt.

Der Tuberkulosefilm „Die weiße Zauke“ wurde, wie mir be- richteten, kürzlich im Rahmen zum erstenmal gezeigt. Die Kultur- abteilung der III. am Reichstag hat die Vorstellungen dieses Filmes nicht nur in den Kino-Theatern, bei besonderen Gelegenheiten (Wah- lung, Totenfeier u. d.), sondern auch in einer Anzahl von Sitten Berli- ners in den Abendstunden, um jedem den Besuch zu ermöglichen. Diese Vorstellungen eignen sich besonders für Vereine, Verbände, Krankeinstellen, Fortbildungskurse, sowie für Schulen. Nähere Auskunft erteilt der Landeskomm. für öffentliche Volksbildung, Berlin W. 9, Rathausplatz 2-4, 2. Stock, Telefon 1117 der III., Friedrichstr. 200.

Ausfußberatung der Steuervorlagen.

Im Reichstagsausfuß für Steuerfragen bestritt Staatssekretär Zappi, gegenüber dem Abg. Dr. Herz (U. Soz.), daß das Verhältnis von Verbraucher- und Besitzsteuern in den tabellarischen Uebersichten absichtlich oder unabsichtlich falsch dargestellt sei. Die Umsatzsteuern in Höhe von 24 Milliarden seien ausdrücklich als Verbrauchersteuern in der Uebersicht angeführt. Sei man der Meinung, daß die Einkommensteuer abwälzbar sei, so müsse man die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern überhaupt aufgeben, ebenso wenn man davon ausgehe, zu unterscheiden, ob die Steuer leistungsfähige oder schwache Schichten treffe.

Abg. Bernstein (Soz.) forderte eingehend die Erfassung der Sachwerte, nach der die Ueberschneidung zwar nicht mehr eintreten würde als schon jetzt, jedoch würde sie dann geregelt werden, so daß sie auch einzuschränken ginge. Die Erfassung könnte geschehen durch Uebergabe von Anteilscheinen industrieller Unternehmungen an das Reich. Nur bei solcher Erfassung der Sachwerte, die als Deckung unserer schwebenden Schuld gesichert ist, sei an eine Erhöhung der Mark zu denken.

Abg. Dausch (D. Sp.) nennt die Steuervorlagen Konfiskation, die das Ausland abschreibe, Kapital ins Land zu bringen und der Privatwirtschaft kredit zu gewähren. Das Valutaproblem sei bei ungesunder Wirtschaft und passiver Handelsbilanz nicht zu lösen.

Abg. Dr. Herz (U. Soz.): Die Steuermarkt ist wegen der mangelhaften und rüchständigen Erhebung der Steuer geringwertiger als die Veranlagungsmarkt. Diese Vergünstigung trifft aber nur die Kapitalisten, nicht den Lohn- und Gehaltsempfänger. In England und Frankreich ist die steuerliche Belastung der unteren Klassen weit geringer als bei uns. Eine Veränderung der Sachwerte an das Ausland liegt auch den Sozialisten fern und ist von ihnen niemals vertreten worden.

Abg. Scholz (D. Sp.) nennt die Erfassung der Sachwerte Konfiskation. — Abg. Klein (Dem.) fordert raschere Erhebung der Einkommensteuer vor der endgültigen Veranlagung. — Abg. Bernstein (Soz.) erklärte, Beruhigung im Volke werde erst dann eintreten, wenn der Besitz hinreichend erfaßt ist. — Abg. Dr. Heffler (Dial.): Der Kanzler habe gezeugt, daß die Unerfüllbarkeit des Ultimatus am 15. Januar feststeht, wenn nicht eine besondere Aktion Hilfe bringt. Die Besteuerung des Einkommens sei unergreiflich höher in Deutschland als irgendwo. Die Mark habe aufgehört, ein fester Wertmesser zu sein.

Das able Schlagwort von der Erfassung der Goldwerte muß verschwinden.

Die Erfassung der Sachwerte bei industriellen Aktiengesellschaften könne uns der Entente gegenüber nur eine Atempause von etwa einem halben Jahre sichern. Das landwirtschaftliche Vermögen künftighin nach dem gemeinen Wert zu besteuern, sei undurchführbar. Für die Landwirtschaft sei nur der Ertragswert gerecht; auch für das industrielle Betriebsvermögen sei der gemeine Wert ungerrecht.

Im Ausfuß für die Verbrauchssteuern begründete die Regierung die Erhöhung von Zöllen damit, daß zur Deckung des Finanzbedarfs verstärkte Heranziehung der Zölle durchaus erforderlich sei; sie brachten 1913 rund 700 Millionen Mark, 1920 dagegen — ohne Berücksichtigung des Goldkollausgeldes — nur 300 Millionen Mark, wobei besonders der Ausfall der bei Kriegesbeginn aufgehobenen Getreidezölle ins Gewicht fällt, die vor dem Kriege 31 Proz. der gesamten Zolleinnahmen ausmachten. Die Einnahmen wären nach geringer gewesen, wenn nicht in den ersten Monaten 1920

an der Westgrenze die Durchführung der Einfuhrverbote gehindert worden wäre, so daß erhebliche Mengen von Luxuswaren hereinströmen konnten. Eine Erhöhung der Zölle auf Wein und auf gewisse besonders ertragreiche Südzüchte verbietet Artikel 269 Absatz 2 des Völkerrechtsvertrages. Von den eigentlichen Finanzzöllen kommen danach für eine Erhöhung neben den einzelnen Gewürzen und Südzüchten in der Hauptsache die zuletzt 1918 erhöhten Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao in Betracht. Die Erhöhung müßte so bemessen sein, daß ein allzu starker Verbrauchsrückgang vereitelt wird.

Abg. Dr. Pachtold (Dem.): Verschärft wird der Uebelstand durch die Erhöhung des Goldzuschlags auf 3900. Liehe sich hier nicht wenigstens eine Differenzierung unter dem Gesichtspunkt des Luxus und der Gegenstände des notwendigen Verbrauchs erreichen? Warum verlangt die Regierung nicht Zollzahlung in Auslandvaluta?

Abg. Schlad (Z.): Bei den Industriefertigwaren kann die 100prozentige Erhöhung getragen werden, weil wir diese Waren selbst herstellen und ihre Einfuhr nicht wünschenswert ist. Tee, Kaffee und Kakao dürfen aber nicht derartig mit Zöllen belegt werden, daß ihre Einfuhr ganz unmöglich wäre.

Ein Regierungsvortrag erklärt den Kaffee für ein Genussmittel und verteidigt die Regierungsvorlage. — Abg. Mehrhof (U. Soz.) warnt vor Erdrosselung der deutschen Spielwarenindustrie durch zu harte Zollmaßnahmen.

Wirtschaft

Letzte Bissen für Aktionäre.

Die armen Aktionäre sind am Berhungern. Deswegen bemühen sich die Industrie- und Handelsgesellschaften von Tag zu Tag mehr, durch Kapitalerhöhungen sie vom Tode zu retten. Heute registrieren wir, und dabei ist unsere Liste durchaus nicht etwa vollständig, Kapitalerhöhungen bei der Cuxhavener Hochseefischerrei A.-G. von 15 auf 25 Millionen Mark. Die jungen Aktien werden den alten Aktionären zum Kurse von 300 angeboten. Der Aufsichtsrat der zum Siedel-Konzern gehörenden Unternehmen erhöht sein Aktienkapital um 20 auf 50 Millionen Mark. Die alten Aktionäre erhalten die jungen Aktien zum Kurse von 300. Die Vereinigten Chemischen Fabriken in Leopoldsdahl verdoppeln ihr Aktienkapital; es steigt damit auf rund 27 Millionen Mark. Die jungen Aktien werden zum Kurse von 150 ausgegeben. Die Deutsche Kunstleder A.-G. Köln bei Coswig (Sachsen) erhöht ihr Kapital um 7 Millionen Mark auf 25 Millionen. Die jungen Aktien werden zu 100 ausgegeben.

Die niedrigen Ausgabeurufe von 190, 150 und 300 bedeuten, daß den Aktionären dieser Unternehmen, deren Papiere einen schwindend hohen Kurswert haben, auf diese Art neben der Dividende viele hundert Prozent extra Gewinn ausgeschüttet erhalten. Hier kann man mit Freigabe und Recht verlangen, daß die Wucherergesetzgebung eingreift. Das deutsche Volk und in diesem Falle sogar das industrielle Kapital selbst wird durch die niedrigen Ausgabeurufe bei der Erhöhung der Aktienkapitalien schwer geschädigt.

Zum Wiener Börsenfest.

Wien, 23. November. (U.) Der Streik der Börsenbesucher dauert ungeschwächt an. Die Lage hat heute eine Verschärfung erfahren, denn der Finanzminister erklärte am Schluß der Sitzung des Rationalrats, daß die Festsetzung eines Steuerbetrages in Gold für die Börsenbesucher nicht die Flucht vor der österreichischen Krone bedeute. Es will damit nur erreichen, erklärte der Finanzminister, daß den Besuchern der Effektenbörse wenigstens einmal im Monat zum Bewußtsein gebracht wird, daß der Tiefstand unserer Valuta auch unerschöpfliche Ermahnungen zur Folge haben kann. Es wäre der sadenstimmigen Argumentation der Börse zu viel Ehre angetan, wenn man sich weiter mit ihr befassen wollte. Im übrigen bitte ich das Haus, die Regierungsvorlage so rasch wie möglich zu erledigen. Ich habe keinerlei Befürchtung, daß das Haus Veränderungen der Vorlage zugunsten der Börse vornehmen wird. Trotz dieser unangenehmen Erklärung des Finanzministers soll die Möglichkeit bestehen, daß der Börsenverkehr am kommenden Freitag wieder aufgenommen wird.

Die Geschäftsordnung angenommen.

Unter Pfeifengetriller.

Auf das Trillerpfeifenkonzert folgt im Landtag Apothie. Etwas dreißig namentliche Abstimmungen sind vorzunehmen und alle zehn Minuten wiederholt sich in öfester Monotonie der gleiche Vorgang. Die Signale schnarren und läuten durchs Haus, in langen Zügen strömen die Abgeordneten in den Sitzungssaal. Je nachdem ihre Fraktion mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen soll, halten die Fraktionsführer die blaue oder rote Abstimmungskarte empor, die Diener gehen mit Urnen umher, um die Karten einzusammeln, und der Saal leert sich rasch, wie er sich gefüllt hatte. Mittlerweile findet die Auszählung statt. Die kommunistische Ermattungsstrategie gelingt nicht. Die Abgeordneten der Mehrheit halten aus, und mit 235 bis 250 Abstimmenden bleibt das Haus einstweilen beschlußfähig, obwohl die äußerste Linke kaum noch mitstimmt. Ja, der um zehn Uhr erreichte Tiefstand mit 235 Stimmen scheint um 11 Uhr überwunden zu sein, die Zahl der Abstimmenden steigt langsam, um 11¼ Uhr beträgt sie 246. Jetzt wird die Sache den Kommunisten langweilig und sie schicken Schulz-Neufuß als Redner „zur Abstimmung“ vor, der eine Brandrede losläßt, wobei er die Abgeordneten als „Stimmvieh“ und „befoffen“ beschimpft. Er selbst macht den gegenteiligen Eindruck von Nüchternheit. Doch auch diese Episode geht rasch vorüber, und der Abstimmungsmechanismus tritt von neuem in Aktion. Die Kommunisten haben dies Spiel gewollt, aber sie gewinnen nichts dabei. Ein Ende ist einstweilen nicht abzusehen, doch munkelt man, daß die Kommunisten noch neue Sensationen planen.

Im Landtag beantragte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Kah (Komm.), die Weiterberatung der Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzusehen. Der Antrag wird abgelehnt.

Präsident Leinert teilt nun die Beschlüsse des Aeltestenrats mit; Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. (Rufe der Komm.: Wir widersprechen!)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) wendet sich gegen diese Beschlüsse, die gegen die Kommunisten gerichtet seien.

Abg. Rabold (U. Soz.) schließt sich an; ebenso Abg. Kah (Komm.).

Das Haus tritt den Beschlüssen des Aeltestenrats, monach die Beratung der Paragraphen abschnittsweise verbunden, die Redezeit auf eine Viertelstunde festgesetzt wird und die namentlichen Abstimmungen erst um 5 Uhr vorgenommen werden, bei. (Psuirufe s. d. Komm.)

Die bei § 7 abgebrochene Beratung geht weiter. Abg. Frau Wolfflein (Komm.) wendet sich gegen die Befugnisse des Präsidenten, die die Minderheit vergewaltigten.

Die §§ 7, 8, 10, 11 werden angenommen. Es folgt die Beratung des dritten Abschnitts betr. die Fraktionen (mindestens 15 Abgeordnete).

Abg. Pief (Komm.) beantragt, daß bereits mindestens zwei Abgeordnete eine Fraktion bilden können.

Zu den Abschnitten IV (Aeltestenrat) und V (Ausfuisse) beantragt Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.), jeder Fraktion solle mindestens ein Vertreter im Aeltestenrat zusehen und schon ein Mitglied des Aeltestenrats dessen Zusammentritt beantragen dürfen.

Die §§ 14—17 (Ausfuisse) werden angenommen, die kommunistischen Änderungsanträge abgelehnt.

Abschnitt VI regelt die Wahl des Präsidenten (mit verdeckten Stimmzetteln und absoluter Mehrheit).

Abg. Kah (Komm.): Wir werden dieses Schandgesetz zumichte machen.

Der Abschnitt VII (§§ 21—26 — Vorlagen und ihre Beratungen) wird angenommen. Es folgt Abschnitt VIII (§§ 37—43 — Kleine und Große Anfragen). Die Kommunisten stellen Änderungsanträge.

Abg. Garold (D. Sp.) beantragt, daß der Präsident die Anfragen unverzüglich dem Staatsministerium zur schriftlichen Beantwortung mittelst. Erfolge binnen einer Woche keine Antwort, kann die Anfrage auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Die Abstimmung über diese Anträge ist namentlich und wird deshalb zurückgestellt.

Abschnitt IX sieht vor, daß die Eingaben durch den Präsidenten den zuständigen Ausschüssen überwiesen und schriftliche Berichte erstattet werden. Unter Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge angenommen.

Abschnitt X (Ausfuisse des Staatsministeriums über die Ausführung der Beschlüsse des Landtages) wird angenommen. Beim Abschnitt X ist besonders bemerkenswert

der § 59:

Verleiht ein Abgeordneter in grober Weise die Ordnung, so ist der Präsident nach § 59 berechtigt, ihn von der weiteren Teilnahme an der Sitzung auszuschließen. Reistet der Abgeordnete der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, nicht Folge, dann wird die Sitzung unterbrochen oder ausgesetzt. In diesem Falle gleicht sich der Abgeordnete ohne weiteres den Ausschluß von den folgenden acht Sitzungen zu. Der Präsident stellt dies bei Wiedereröffnung der Sitzung oder bei Beginn der nächsten Sitzung fest. In besonders schweren Fällen kann der Aeltestenrat den Abgeordneten durch einen mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß von der Teilnahme an höchstens fünfzehn Sitzungen ausschließen. Die Entscheidung des Aeltestenrats ist in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

Abg. Grzejinski (Soz.):

Der allgemeine Vorwurf, wir ändern die Geschäftsordnung in reaktionärer Weise ab, ist, wenn ihn die Kommunisten auch noch so laut vorbringen, dennoch völlig falsch. Der § 59 richtet sich nicht gegen die Rechte einer Minderheit, er dient lediglich dem

Schutz des Präsidenten

und soll lediglich die Möglichkeit geben, sich gegen Beschimpfungen zu wehren. (Lachen und Trillerpfeifen d. Komm.) Wir beantragen, den § 39a (schriftlicher Einspruch des Abg.) dahin abzuändern, daß der Abg. die Entscheidung des Aeltestenrats anrufen kann. Wenn wir von grober Verletzung der Ordnung sprechen, so braucht doch keiner zu fragen, was denn eigentlich grob sei.

Merkwürdig ist, daß die Kommunisten, die jetzt Jeter und Nordio schreien, an der ersten Lesung der Geschäftsordnung sich überhaupt nicht beteiligen haben. (Lärm d. Komm.)

Abg. Lichtenstein (U. Soz.) spricht im Sinne der SPD.

Abg. Kah (Komm.) beschuldigt Leinert der Parteilichkeit in Hannover.

Abg. Cimbeck (Soz.) beantragt, jetzt erst den Bericht des interfraktionellen Ausschusses über

die Zustände in Lichtenburg und Wittenberg

zu hören. — Der Antrag wird angenommen. Berichterstatter ist

gegen die aufsichtführenden Schupo-Beamten, die weitergegangen sind, als ihnen befohlen war. (Hört, hört! bei den Komm. und Unabh.) S. B. hat ein Schupo-Beamter nachts einen Gefangenen herausgeholt und ihn fast eine Stunde im Hemd auf dem Korridor stehen lassen. 10 dieser Beamten sind vom Direktor beurlaubt worden, so daß

jetzt keine Klagen mehr

vorliegen. (Hört, hört!) Leider haben die Schupo-Beamten auch die Verhandlungen begangen, so daß man in den Rebenzellen das Schreien hörte. Auch diese Beamten sind aus dem Dienst entfernt. (Hört, hört!) Die Dunkelarreststrafe wird leider noch verwendet. Die Gefangenen erhalten für ihre Arbeit, die hauptsächlich im Lütenleben besteht, 1,20 Mark bis 1,50 Mark täglich. Bekleidung und Behandlung der Gefangenen ist genügend. Alle Zeitungen, auch die bürgerlichen, sind seit zwei Tagen gesperrt, doch soll diese Maßregel bald aufgehoben werden. Die Gefangenen, die den denkbar günstigsten Eindruck machen, klagen vor allem, daß sie unschuldig eingesperrt sind. Alle

Gefuche des Direktors am Straußschub sind ohne Begründung abgelehnt

worden. (Hört, hört! links.) Auf ihre Gnadensuche worten die Gefangenen seit vier Monaten auf Antwort. Es handelt sich durchweg um nichtvorbestrafte Leute. Die Protraktion vermag die Gefangenen nicht zu sättigen, obwohl der Direktor sie auf das höchst zulässige Maß erhöht hat. 500 Brote, die aus überschüssigen Beständen der Schupo für die Gefangenen geliefert sind, waren leider verschimmelt. Mäße der Landtag dafür sorgen, daß das Reichsjustizministerium die Nachprüfung der Urteile möglichst beschleunigt. (Beifall links.)

Die von den Kommunisten beantragte Besprechung wird abgelehnt.

Es folgen die namentlichen Abstimmungen

zur Geschäftsordnung. Das Haus ist stark besetzt. Während der Abstimmung wird mit der Beratung fortgefahren.

Abg. Rippel (Dnat.): § 59 ist nur ein Paragraph zum Schutz gegen Robeiten, wie wir sie hier schon erleben.

§ 6 ist mit 297 Stimmen angenommen.

Abg. Nuchke (Dem.): Ein starkes Parlament muß seine Arbeitsfähigkeit schützen können. Das Recht der Opposition findet seine Grenze bei dem Recht der Allgemeinheit. Die hier von den Kommunisten bisher geführte Sprache ist die der Kasse. (Die Kommunistin Wolfflein pfeift.)

§ 9 (Präsident) wird mit 273 Stimmen angenommen.

Abg. Kikan (Komm.) beantragt nun, eine Aussprache über die Anträge der SPD. betr. Amnestiegesetz, Befreiung der Gefangenen usw. usw. Dieser Antrag wird durch Widerspruch erledigt.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunistische „Antrag“, monach als Fraktion eine Vereinigung von mindestens zwei Abgeordneten gilt, abgelehnt.

Abg. Schöllch (Soz. — persönlich): Die Behauptung des Abg. Lichtenstein, ich hätte von der Betrunktheit eines Abgeordneten gesprochen, weise ich zurück, so plump bin ich nicht. Wohl hat aber im Reichstag Adolf Hossman über unseren Gen. Hörsing eine solche Äußerung getan.

§ 12 (Fraktionen) ist mit sämtlichen abgegebenen 255 Stimmen angenommen. Die namentliche Abstimmung über § 13 (Aeltestenrat) ergibt Annahme, ebenso die einfache Abstimmung über § 20 (Wahl des Ministerpräsidenten). Der kommunistische Antrag auf Streichung des § 22 (Verschiebung der Weiterberatung) wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. § 48 (Tagesordnung) wird angenommen, ebenso § 52 (Gemeinsame Besprechung gleicher oder verwandter Gegenstände). — Es folgt die Abstimmung über § 55 (das Wort zur Geschäftsordnung muß jederzeit gegeben werden).

Abg. Kah (Komm.) rügt, daß die Anträge seiner Partei auf namentliche Abstimmung vom Präsidenten nicht rechtzeitig erledigt worden sind.

Präsident Leinert stellt fest, daß der Abg. Kah ihm „Schuff!“ zugrußen hat (erregte Psuirufe) und bestreitet, die kommunistischen Anträge verschleppt zu haben.

§ 55 wird angenommen, ebenso eine Reihe weiterer Paragraphen unter Ablehnung der kommunistischen Anträge.

Ein kommunistischer Vertagungsantrag wird abgelehnt. Zu einem weiteren Abschnitt spricht wiederum Abg. Schalk-Neufuß (Komm.). Währenddessen ruft Abg. Rippel (Dn.) dem kommunistischen Abg. Pief, der sich an den Bänken der Rechten aufgehalten hat, zu: „Herr Pief, Sie haben hier etwas verloren!“ Dem Präsidenten ruft Abg. Rippel zu:

„Stinkbomben“

hat er abgeworfen.“ Die Kommunisten schweigen.

Als die Redezeit abgelaufen ist, weigert sich Schula, die Tribüne zu verlassen und spricht trotz des Einspruchs des Präsidenten weiter. Als Präsident Leinert darauf mit der Abstimmung beginnen will, verläßt der Redner schließlich unter größtem Lärm die Tribüne.

Beim letzten Abschnitt protestiert Abg. Dr. Meyer (Komm.) nochmals und schließt: Auf die neue Geschäftsordnung pfeifen die Arbeiter. Bei diesen Worten zieht er eine Trillerpfeife hervor und gibt damit das Signal zu einem gellenden

minutenlangen Pfeifkonzert

der Kommunisten. Präsident Leinert stellt währenddessen fest, daß das Haus die Bestimmung angenommen hat, monach die neue Geschäftsordnung am 1. Dezember in Kraft treten soll.

Damit ist die Beratung der Geschäftsordnung zu Ende. Es folgt noch eine lange Reihe zurückgestellter, namentlicher Abstimmungen zu den einzelnen Paragraphen.

Verschleudert werden kommunistische Abgeordnete bei den etwa 30 namentlichen Abstimmungen festgestellt haben, daß dabei gemogelt wird. Schließlich weist unter großem Beifall der Mehrheit Abg. Kräger (Soz.) die unerhörten Angriffe zurück und bemerkt, daß es allerdings für die äußerste Linke sehr unangenehm sei, die Erfahrung machen zu müssen, daß die andere Seite des Hauses ebenso fleißig ausharre, wie die äußerste Linke selber. (Große Heiterkeit.)

(Die Tagung dauert bei Redaktionschluß fort.)

Der braunschweigische Landtag wird bis zum 21. Januar aufgelöst und am 22. Januar neu gewählt.

Letzte Nachrichten.

Raubüberfall in der Wohnung.

Als gestern nachmittag der Arbeiter Eduard S. nach seiner Wohnung, Kaiserin-Augusta-Allee 48, heimkehrte, fand er seine Ehefrau, an Händen und Füßen gefesselt, besinnungslos unter dem Bett auf. Die Kriminalpolizei ist mit der Verfolgung des Falles beschäftigt. Nach der Angabe des Mannes fehlen Schmuckstücken und bares Geld im Werte von etwa 12 000 M. Als sich die Frau erholt hatte, gab sie an, daß ein Mann, der sich als Revolver des Elektrizitätszählers ausgab, Einlaß begehrte. Kaum hatte er die Tür geschloffen, als er ihr einen starken Stoß verleihte, so daß sie das Bewußtsein verlor und zu Boden stürzte. Sie schloß ihn als 1,75 Meter groß, mit schwarzem Schmuurbart und bekleidet mit schwarzem Mantel und gleichfarbigem Hut.

Gewerkschaftsbewegung

Städtische Angestellte und Magistrat. Abstimmung über den Streik.

Der Magistrat hat gestern beschlossen: „Dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 21. November 1921 betr. den Tarifvertrag der Angestellten der Werke und Häfen wird zugestimmt.“
Der zwischen der Magistratsverhandlungskommission und den Gewerkschaften vereinbarte Manteltarif wird — entsprechend dem Schiedspruch — mit der Maßgabe gutgeheißen, daß nicht das vollendete 21. Lebensjahr, sondern das vollendete 25. Lebensjahr — wie bisher — als frühestes Beginn des Beförderungsdienstalters anzusehen ist. Es soll jedoch bei Beamten versucht werden, auf das 21. Lebensjahr zurückzugehen. Sollte dies für die Beamten erreicht werden, so soll es auch auf die Tarif-Angestellten der Werke Anwendung finden.

Die Anträge der Gewerkschaften betr. Abänderungen des Schiedspruches werden abgelehnt.
Damit ist den Angestellten lediglich ein unverbindliches Zugeständnis hinsichtlich der Altersgrenze gemacht, die Mindestforderungen der Angestellten jedoch abgelehnt worden.

Eine Vollversammlung der Angestellten in den städtischen Werken in Aders Festhallen nahm am Abend zu dieser Entscheidung des Magistrats Stellung.

Der Referent Frh. Schmidt wies auf die Schädigung der Angestellten durch den Schiedspruch hinsichtlich der mangelnden Rückwirkung hin. Die deswegen geforderte Korrektur des Schiedspruches sei abgelehnt und damit jede weitere Möglichkeit einer gütlichen Verständigung erschöpft.

Sprecher vom Bund der technischen Angestellten ergänzte die Ausführungen des Referenten und wies deutlich auf alle sich aus der Ablehnung des Spruches ergebenden Folgen hin. Die Aussprache ergab eine volle Würdigung aller für und wider den Streik sprechenden Momente.

Nach einem beherzigenswerten Schlusswort des Referenten, in dem er nochmals hervorhob, daß seitens der Angestellten alles in der langen Zeit der Verhandlungen geschehen sei, was zur Erhaltung des Friedens geschehen konnte, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Vollversammlung der Angestellten der städtischen Werke nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß der Magistrat die letzten Einigungsvorschläge der Gewerkschaften, die eine gütliche Beendigung der sieben Monate lang dauernden Tarifverhandlungen ermöglicht hätten, reiflos abgelehnt hat. Diese starre Haltung des Magistrats wird die sofort vorzunehmende Urabstimmung naturgemäß sehr wesentlich beeinflussen. Die Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches bedeutet gleichzeitig die Entscheidung über die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels, da alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind.“

Die Urabstimmung wird heute sofort vorgenommen.

Versammlung von Betriebsräten.

Erklärung der SPD-Betriebsräte.

Die zu gestern nachmittag von den Kommunisten als Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins angekündigte Versammlung in den „Sophienhallen“ war zwar voll besucht, zumal nicht nur Betriebsräte Zutritt hatten, sondern jeder, der irgendeine Karte vorzuweisen sich anschickte; doch war es keine Vollversammlung, sondern nur ein Kumparlament von Betriebsräten. Die SPD-Betriebsräte blieben der Veranstaltung fern.

Walfstab-Staffort leitete die Versammlung und hielt das einleitende Referat über den Hungerstreik der insolten der kommunistischen Märgation in Mitteldeutschland Berurteilten. Er gab den Standpunkt des Justizministers gegenüber der Forderung auf Freilassung der Gefangenen bekannt und erklärte, daß die Delegierten sich damit nicht abfinden würden. Es handele sich nunmehr darum, für die Freilassung der Gefangenen die Berliner Arbeiterschaft zu einer „Aktion“ zu gewinnen.

Namens der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte zentrale Berlins erklärte Hildesheimer, daß die Einberufung dieser Versammlung nicht von der Zentrale aus erfolgt ist. (Großer Lärm.) Erst aus der Tagespresse hat die Betriebsrätezentrale von dieser Vollversammlung erfahren. Ihr Zentralrat sei zu 8 Uhr zusammenberufen. (Erneuter Lärm.)

Namens der SPD-Betriebsräte gab Richard Barth die folgende Erklärung ab:

„Die Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins ist Sache der von der Berliner Arbeiterschaft gewählten Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale. Die SPD-

Betriebsräte Berlins lehnen es daher ab, an einer Konferenz teilzunehmen, die von der kommunistischen Partei einberufen wurde.“

Eine Partei, die die Verfolgung, Einkerkelung und Erschießung von Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten in Rußland gutheißt, hat kein Recht, gegen viel menschlichere deutsche Justizmaßnahmen zu protestieren.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins fühlen tiefstes Mitleid mit den Opfern kommunistischer Putsch. Wie bisher, so werden auch in Zukunft bei ihren parlamentarischen Vertretern und ihren Genossen in der Regierung dafür eintreten, daß den Bedauernswerten Gerechtigkeit widerfährt.

Die SPD-Betriebsräte Groß-Berlins richten die dringende Aufforderung an die Berliner Arbeiterschaft, ihr menschliches Mit-

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den Monat Dezember noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

gefühl mit den politischen Gefangenen nicht mißbrauchen zu lassen von kommunistischen Demagogen, die ohne Skrupel morgen wieder Tausende deutscher Arbeiter in den Tod oder die Kerker schicken würden, um mit ihren Leichen und ihrem Elend niedrigste Parteipolitik zu treiben.“

Die Verlesung dieser Erklärung verjähmte die Radikalen derart, daß sie sie durch ziemlichen Lärm zu hindern suchten, und als es nichts half, den Redner umringten, um lässlich gegen ihn vorzugehen. Nur durch die Besonnenheit anderer Versammlungsteilnehmer wurde diese Absicht verhindert.

Kurt Rosenfeld (USPD) gab auf Wunsch einen kurzen Bericht als Mitglied der Untersuchungskommission in Vichtenburg. Von einer schlechten Behandlung der Gefangenen könne nicht die Rede sein. Darüber hätten diese sich nicht beschwert, sondern nur über die Nachteile, die ihren Familien daraus erwachsen, daß sie nicht erwerbstätig sein können. Es müsse alles mögliche geschehen, um die Unglücklichen der Freiheit wiederzugeben.

Der Abg. Remmele (Kommunist) hielt es für beschämend, daß die Arbeiter kleinerer Städte die Berliner erst aufmuntern mußten, für die Freilassung der Gefangenen einzutreten. Der ADGB müsse einen Kongress einberufen, um die Einheitsfront aller Arbeiter (wie die Kommunisten sie auffassen) herzustellen.

An der weiteren Aussprache beteiligte sich noch eine ganze Reihe von Rednern, worunter Walcher von der SPD und Hente-Bremen von der USPD. Ein Vertreter der Belegschaft von Drenstein und Koppel erklärte, es sei sehr zweifelhaft, ob die Arbeiter der hier ausgeübten Generalstreikpartei folgten. Es sei in Berlin nicht so große Begeisterung dafür zu finden, wie man es außerhalb zu glauben scheine. Ein Vertreter der UEG-Belegschaft meinte, mit den hier erörterten Forderungen löse man keine Rahe hinterm Ofen hervor. Auch die Vertreter einer Reihe anderer Firmen zweifelten an dem Erfolg eines Generalstreiks.

Zum Schluß gelangte eine lange Entschließung zur Annahme, worin ADGB und Ufa zur Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses binnen 14 Tagen aufgefordert werden, mit bestimmter Tagesordnung und zwar a) Annahme für die politischen Gefangenen, b) Durchführung der Forderungen des ADGB und der USPD, und zwar vor allem Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Bestehenden, (Erfassung der Sachwerte), Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung der Lebensmittel und deren Verteilung durch Gewerkschaften und Betriebsräte, Organisation der Lebensmittelproduktion durch Organe der Arbeiterschaft und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen (denen die Kommunisten die Mittel entziehen wollen durch Sabotage von Beitragserhöhungen).

Um die Durchführung der Entschließung zu überwachen, soll um einen Aufruf zur Durchführung der Forderungen zu erfolgen, wurde eine Kommission gewählt aus Paul Schmidt und Fleck von der USPD, Krause und Kostowski von der SPD, sowie

Siege und Eki, die sich als SPD-Mitglieder bezeichneten, ohne von irgendeiner Gruppe oder Instanz der SPD ein Mandat zu haben.

Lohnhöhung im Berliner Wäckergetriebe.

Die Stundenlöhne für Wäcker-Hilfsarbeiter erhöhen sich in Tarifverträgen rückwirkend vom 14. November um 2,15 M. pro Stunde, so daß vom genannten Tage ab für Wäcker 11,85, 11,65 und 11,45 M. zu zahlen sind. Die Akkordlöhne erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Tariffreie Werkstätten zahlen zurzeit bis 12,95 M. pro Stunde.

Bewegung auf den Kieler Werften.

In der Versammlung der gefürchteten Arbeiter der Germania werft wurde ein Ausschuss gewählt, der mit den Organisationen der Seeschiffswerften in Fühlung treten soll. Angeblieh sind Anzeichen für einen Generalstreik vorhanden. Vom Arbeiterrat der Deutschen Werfte sind der Dichtung ähnliche Forderungen wie auf der Germania werft überreicht worden, die an die Generaldirektion in Berlin weitergegeben wurden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Howaldts-Werften.

Achtung! Kupferfächer der SPD! Heute abend 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2, Sitzung sämtlicher Kollegen, die auf dem Boden der Antierdamer Internationale stehen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Verband der Buchbinder, Cuguspapierbranche! In der Firma Deutsche Chalcographie, Alte Jakobstr. 23/24, befinden sich circa 20 Kupferstecher und -Träger, männliches Hilfspersonal und gleichfalls circa 20 Arbeiterinnen, Fräulein und Hilfsarbeiterinnen im Abwehrstreik.

Wir erfragen, dies zu beachten und bei der Firma keine Arbeit anzunehmen. Die Branchenleitung.

Die Angestellten der Drenstein u. Koppel A.-G., Zentrale, waren am Montag versammelt. In einer Entschließung mißbilligten sie die Art und Weise, in der der Verband Berliner Metallindustrieller die Tarifforderungen zu erhöhen gedenkt. „Sie betrachten das Vorgehen des VBWA als eine Nichtachtung der mit den Angestelltenorganisationen getroffenen tariflichen Vereinbarungen und verlangen, daß sich der VBWA wegen Verringerung der Tarifforderungen an die Stellen wendet, mit denen er den Tarifvertrag selbst geschlossen hat.“

Am übrigen sind die gebotenen Summen viel zu gering, um einen Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe zu schaffen. Ebenso kann auf keinen Fall zugegeben werden, daß die sozialen Zulagen noch eine weitere Erhöhung erfahren, da es dadurch immer schwerer wird, verheiratete stufenlose Kollegen unterzubringen.

Die Versammlung schloß sich aus vorgenannten Gründen der Ansicht der Antierdamer an, die dahin geht, daß das Diktat des VBWA abzulehnen ist und eine Erhöhung des Grundgehalts für den Monat November um 300 M. gefordert werden muß. Von den Gewerkschaften erwartet die Versammlung, daß diesbezügliche Forderungen bereits eingereicht und Verhandlungen angebahnt sind. Die Neuregelung der Dezembergehälter soll zurückgestellt werden bis Anfang Dezember, da heute noch nicht zu übersehen ist, wie sich die Teuerung weiter entwickelt.

Sollte sich die Firma D. u. K. trotzdem veranlassen fühlen, die vom VBWA in Aussicht genommene Summe ohne vorherige Verständigung mit den Gewerkschaften zur Auszahlung zu bringen, so werden wir dieselbe zwar entgegennehmen, jedoch als einen Vorstoß auf die endgültige Rechenschaft.“

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Heute Mitgliederversammlung der Fachgruppe chemische Industrie im Reichshof, Invalidenstraße 126 (Blauer Saal).

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Warenbranche. Heute 7 Uhr im Saal von Mitte, Poststr. 29, Gruppenversammlung. — Handelsreisende und -gehilfen aus allen Betrieben der Warenbranche. — Schürren, Unterrod, Weißwaren- und Tapfereibranche. Freitag 7 Uhr bei Mitte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Deutscher Verkehrsverband, Abteilung Kraftfahrer. Kraftfahrersführer. Heute 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 10, wichtige Vertrauensmannerversammlung. Aus jeder Gruppe muß ein Vertrauensmann kommen.

Zentralverband der Angestellten. Freitag, Benefizkonzert. Funktionärsversammlung 7 Uhr im Bekehrerhaus, Alexanderstr. 40-41. — Epopt. Mitgliedserversammlung 7½ Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Veiters, Charlottenburg; für Anzeigen: Ad. Glade, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 2. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Weltweit“.

K

anflavin-Pastillen

(selbst gelöst)

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle
besonders bei

Grippe,

Heiserkeit, Halsentzündung, Ver-
schleimung.

Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl — Enorme Vorräte

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

- Schlüpfer, Raglans und Ulster** aus grünen, stahtgrauen und braunen Flachwollen- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten M. 550⁰⁰
- Schlüpfer, Raglans und Ulster** aus hell und dunkel gemusterten Flausch-, Homespun- und Diagonalstoffen M. 700⁰⁰
- Schlüpfer, Raglans und Ulster** aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbentstellungen M. 1200, 1600, 1200, 1000
- Winter-Paletots** aus vorzüglichen Mäntel- und schwarzen Stoffen M. 1350, 1200, 1000, 900
- Winter-Joppen** aus bestem Lodenstoff, warm gefüttert, Interim- und Sportform M. 600, 800, 450, 350, 250

- Knaben- und Jünglings-Ulster** in allen Fassons zu mäßigen Preisen
- Übergangs-Ulster** Schillpfer u. Raglans a. Homesp. u. Charvot M. 1000, 900, 750, 600
- Übergangs-Paletots** aus besten Qualitäten M. 800, 700
- Gummimäntel** für Damen und Herren, hochgeschl. u. in Fasson in guten Qualit. M. 1200, 1000, 750, 550, 450
- Jackett-Anzüge** aus guten blaugr. andersfarbigen Stoffen hergestellt . M. 600, 500

- Jackett-Anzüge** aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun . . M. 800, 750 **690⁰⁰**
- Jackett-Anzüge** aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig M. 1600, 1250, 1200, 1000 **900⁰⁰**
- Sport-Anzüge** aus pt. Manchestern mit Bridgton-Rosen, in grau, braun, und grüner Farbe M. 1000 **850⁰⁰**
- Sport-Anzüge** aus Homespun, Loden und gemustert. Cheviot M. 250, 750 **600⁰⁰**
- Hosen** in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anlangend mit M. **55⁰⁰**
- Schulanzüge** in verschiedenen Fassons und Qualitäten M. 200, 150 **120⁰⁰**

- Pelzjoppen** von M. **375⁰⁰**
- Fahrpelze** für Chauffeurs, Landwirte und Wächter von M. **400⁰⁰**
- Ulster** aus dauerhaften Stoffen, aussergewöhnlich billig M. 400, 350 **285⁰⁰**

- Engl. Offiziersmäntel** in braunellierter Farbe, aus dickem, wasserfestem und wasserdichtem Wollstoff mit weißem Leibfutter M. **550⁰⁰**
- Amerikan. Mäntel** in braunel. Farbe, traktlarig, Fabrikat, hoch- u. rittfrei M. **250⁰⁰**
- Anzüge** dreifarbig aus sehr haltbaren Stoffen M. 400, 300 **200⁰⁰**

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Teikolagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Groß-Berlin

Der rettende Engel Berlins.

Es gibt Vorsichtige, denen die graue Wirklichkeit unseres Wirtschaftslebens im allgemeinen und das der Stadt Berlin im besonderen noch nicht triftig genug aussieht. Sie malen das Grau noch grauer, machen die guten Bürger gehörig topfsüch und preisen die privokapitalistische Wirtschaftsweise als das Allheilmittel an.

So naht sich denn auch P. M. im „B. Z.“ dem hilflosen Berlin als rettender Engel, dem eine bürgerliche Mehrheit zur Seite steht. „Berlin kann nicht mehr weiter“, sagt er, die Erhöhungen der Löhne und Gehälter für die städtischen Arbeiter und Beamten haben den städtischen Finanzen den letzten Stroh gegeben. Als ob nur in Berlin die Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten erhöht werden müßten und nur die Finanzen der Stadt Berlin ins Bedränge geraten seien.

Zur Deckung der vermehrten Ausgabeverpflichtungen werde die Schraube der Tarifserhöhungen für Wasser, Gas und Elektrizität, sowie für die Straßenbahn zunächst abermals angezogen. Die Erhöhung des Wasserpreises lasse die hygienischen Rücksichten noch mehr zurücktreten, während die Erhöhung für Gas und Elektrizität das Kochen mit Gas unmöglich mache und den Verbrauch von elektrischem Licht auf ein Mindestmaß reduziere. „Finster, kalt und unsauber: das wird das Kennzeichen des künftigen Berlin sein.“ Es bliebe ein Defizit von 220 Millionen, für das es keine Deckung gäbe. Das Reich solle wohl mit einspringen, doch sei die Frage, ob es überhaupt in der Lage sei, helfend einzuspringen.

„Deshalb kann es diesmal nicht damit getan sein, nur wieder neue Ansummen in das städtische Danaidenloos zu schütten, sondern man wird endlich — nachdem man eine bürgerliche Mehrheit hat, steht zwischen der Feile —, an die ernstliche Prüfung der Frage gehen müssen, in welcher Weise es gelingen kann, den ungeheuerlichen kommunalen Aufwand durch eine Sanierungsaktion großen Stils zu vermindern und die Gemeinde von der Sorge um die schlimmsten Defizitträger, nämlich die städtischen Werte und Anlagen, freizubekommen.“ Diese Sorge soll das allezeit hilfswillige Privokapital übernehmen, das in seiner Liebe zur Berliner Bevölkerung weder die Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- und Straßenbahnpreise erhöhen wird, selbst wenn die Mark noch weiter fallen, die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten noch weiter steigen sollten.

Berliner, merkst du was?

Die „Beleidigten“.

Ein deutschvölkischer Reizakts.

Die Störung der „Reigen“-Vorstellung am 22. Februar dieses Jahres hatte gestern noch ein gerichtliches Nachspiel. Die deutschvölkischen Kadawacher fühlten sich durch Direktor Stadef beleidigt, weil er von der Bühne aus erklärt hatte, daß es sich um eine Demonstration handele, die der Deutschvölkische Schutz- und Truhbund und der Verband nationalogefinnter Soldaten veranstaltet habe. Er richtete alsdann an das ruhige Publikum die Bitte, sich durch diese Vorgänge nicht stören zu lassen und der Vorstellung bis zum Schluß beizuwohnen.

Die Führer des Deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes, Ortsgruppe Berlin, Dr. Lemberg und Altmeister a. D. o. Kammin, sowie der Geschäftsführer Koch vom Verband nationalogefinnter Soldaten sowie ein gewisser Günther v. Kuhlben hatten wegen dieser Worte Privatklage gegen Direktor Stadef erhoben, die vor dem Schöffengericht in Charlottenburg verhandelt wurde. Die Zeugen der Kläger, die größtenteils den genannten Verbänden angehören, behaupteten, daß von einer planmäßigen Störung der „Reigen“-Vorstellung nicht die Rede gewesen sei. Einige aber gaben doch zu, von der Absicht solcher Störungen gehört zu haben, und erklärten außerdem, daß der Leiterzeit wegen der Störung verhaftete heftigste Geschäftsführer des Gauverbandes Berlin des Deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes Arthur Schmolke die Billets besorgt habe. Rechtsanwalt Wolfgang Heine nahm die Zeugen in ein ziemlich scharfes Kreuzverhör und wies ihre Unzuverlässigkeit nach. Er beantragte die Freisprechung des Direktors Stadef, weil dieser zur Woh-

nung seiner eigenen Interessen genötigt gewesen sei, dem Publikum Auskunft über die Vorgänge am 22. Februar zu geben. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach Direktor Stadef auf Kosten der Privatkläger frei.

Der Rattenkrieg.

Als eine der unangenehmsten Nachwirkungen des Krieges kann das Ueberhandnehmen der Ungezieferplage betrachtet werden. Durch das Halten von Kleintieren, Federvieh, Kaninchen usw. in Wohnungen und Kellerräumen, haben sich insbesondere Ratten und Mäuse in un-

Bezirksverband Berlin SPD. Öffentliche Volksversammlungen

am Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

- Vahenhofer-Ausschank, Fildischstr. 23.
- Brauerei Köhligstadt, Schönhauser Allee 10 11.
- Arbeiter-Vereinshaus, Chausseest. 94.
- Arminius-Hallen, Brenner Straße 73 74.
- Wilmersdorf: Viktoriar Garten, Wilhelmstraße 114 116.
- Lichtenberg: Eichen-Engeln, Rathausstraße.
- Niederschöneweide: Schulaula, Berliner Straße 31.
- Spandau: Metropolitane, Schönwalder Straße 98.

Tagesordnung:

Tenerung — Steuern — Lohnbewegungen.

Referenten: Erwin Barth, Clara Bohm-Schuch, Robert Breuer, Ernst Heilmann, Franz Krüger, Hermann Lademann, Limbergh-Essen, Heinrich Ströbel.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr:

- Neukölln: Schultzei-Ausschank (Wintergarten), Hasenheide. Ref.: Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt.
- Friedrichshagen: Konordia-Festhalle, Andreasstr. 64. Ref.: Abgeordneter Ernst Heilmann.
- Pankow: Lindners Konzertgarten, Breitestr. 30. Ref.: Abgeordneter Hermann Lademann.

gehäufte Weise vermehrt, so daß sie geradezu zu einer Landplage geworden sind. Ganz abgesehen von der gesundheitlichen Gefahr ist die wirtschaftliche Schädigung, die durch die Arbeit dieser Nagetiere herbeigeführt wird, von großer Bedeutung. Riesige Mengen von Nahrungsmitteln werden durch sie zum Opfer. Nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Länder haben unter der Rattenplage zu leiden. So wird berichtet, daß der durch Ratten verursachte Schaden in Großbritannien und Irland auf mindestens 15 Millionen Pfund jährlich zu schätzen ist.

Das Ueberhandnehmen von Ratten und Mäusen hat den Berliner Magistrat veranlaßt, energische Maßnahmen zur Vertilgung dieser Plagegeister durchzuführen. Das Hauptgesundheitsamt der Stadtgemeinde Berlin hat nach eingehenden Untersuchungen über die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Ratten Phosphorlatwerge und Meerzwiebelpräparate empfohlen. Die bakteriologische Bekämpfung wie auch die Vergasung läßt sich in einer Großstadt wie Berlin infolge besonderer Verhältnisse nicht einwandfrei durchführen. Bereits im vorigen Jahre veranlaßte der Magistrat die Hausbesitzer Berlins zur freiwilligen Mitarbeit an der Bekämpfung dieser Schädlinge heranzuziehen. Leider war diese Hilfe völlig ungenügend. Die Arbeit des einzelnen war wertlos, wenn sie nicht von allen unterstützt wurde. Auf Grund einer Polizeiverordnung vom Oktober d. J. wurde für den gestrigen Mittwoch eine allgemeine Rattenvertilgung in Berlin angeordnet. Die Eigentümer der Berliner Grundstücke, der Lager- und Schutzplätze, sowie die Inhaber von Laubengrundstücken hatten die Verpflichtung, die vom Magistrat empfohlenen Phosphorlatwerge oder Meerzwiebelpräparate unter Beachtung der dazu herausgegebenen Anweisungen auszulagern. Eine Geldstrafe von 150 Mark oder entsprechende Haftstrafe ist für diejenigen Hausbesitzer usw. angedroht, die sich nicht

an diesem Rattenkrieg beteiligen. Kontrollbeamte sind angewiesen, nach einiger Zeit die beim Kauf der Giftmittel ausgestellten Quittungen nachzuprüfen. Ob diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg haben, muß allerdings abgewartet werden.

Eigenartig berührte die Tatsache, daß der behördlich festgesetzte Preis für 60 Gramm Phosphorlatwerge von 2,50 M. häufig nicht eingehalten, sondern erheblich (bis zu 100 Proz.) überschritten wurde.

Nicht anerkannte Kohlenpreise.

Der Verband der Berliner Kohlenhändler hat, wie das Nachrichtenamt des Magistrats mittelt, mit rückwirkender Kraft vom 1. November ab, die Preise für Steinkohlen, Anthrazit, Westfälische Schmelzkohlen, Rotbraunkohle, Grundbesetz- und auch für Holz wiederum erhöht. Diese Erhöhung ist entgegen einer ausdrücklichen Vereinbarung von dem Verband der Berliner Kohlenhändler allein ohne Zuziehung der Preisprüfungsstelle erfolgt. Die Preisprüfungsstelle kann daher diese Preise nicht anerkennen, bevor nicht durch eigene Nachprüfungen die Angemessenheit der neuen Preise festgestellt ist, und sie behält sich gegebenenfalls vor, wegen übermäßiger Preissteigerung, einzuschreiten.

Der Magistrat beschloß die Festsetzung neuer Höchstpreise für Briketts, und zwar betragen diese von morgen, den 24. November 1921, für Küchen- und Ofenbrand 24,15 bis 25,15 Mark je Zentner. Für Brikettlieferungen an das Kleingewerbe sowie für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Führen nicht unter 30 Zentner betragen die Preise 24,15 bis 25,10 Mark je Zentner. Diese Sätze bleiben hinter den vom Handel vorgeschlagenen um 1 M. zurück.

Sozialistenhege bei der Reichstreuhandgesellschaft.

Die mit dieser Ueberschrift veröffentlichten Mitteilungen in Nr. 552 des „Vorwärts“ sind von der Direktion der Reichstreuhandgesellschaft beachtet worden. Sie bitten um Ausnahme folgender Erweiterung:

„In der in dem Artikel „Sozialistenhege bei der Reichstreuhandgesellschaft“ gegebenen Schilderung bemerkt die Direktion der Reichstreuhandgesellschaft für erste grundsätzlich, daß sie auf dem Standpunkt steht, daß politische, während der Arbeitszeit geäußerte Äußerungen, gleichviel welcher Art, nur schädigend auf die Arbeitsleistung einwirken und deshalb nach Möglichkeit unterbunden werden müssen. Bei Nichtbeachtung greift die Direktion jedermann, soweit sie ihr bekannt wird, durch entsprechende Maßnahmen ein. Im vorliegenden Fall kann nur festgestellt werden, daß die Entlohnung der Stenotypistin und auch die Gründe, die dazu führten, durch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses und des Demobilisationskommissars ihre volle Bestätigung und Rechtfertigung gefunden haben. Schlichtlich kann nur erklärt werden, daß eine Äußerung über die Stenotypistin, wie in der Notiz angegeben, selbstverständlich allen Beschäftigten bei der Reichstreuhandgesellschaft direkt widerfahren würde und tatsächlich auch nicht von ihr gegeben worden ist.“

Ob über die sozialistische Stenotypistin die Aussicht, solche Taten beschuldigen zu werden, erteilt wurde, kann die Direktion nicht wissen. Sie bestreitet es, weil ihr keine Bestätigung darüber möglich gewesen ist, wer sich diese Ungehörigkeit erlaubt hat. Mit Befriedigung hören wir, daß eine solche Aussicht allen Geopolitologen bei der Reichstreuhandgesellschaft widerfahren würde. Es ist für die Entlohnung der Stenotypistin ihr Verhalten in dem Konflikt mit ihrem Vorgesetzten den Grund abgegeben hat, bezweifelt sie niemand. Aber auch die Befriedigung durch Entlohnung und Demobilisationskommissar schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß die Partei der Reiche von Konflikten, deren letzter mit einer gewalttätigen Lösung endete, in den politischen Gegenständen und in Hänseleien der Stenotypistin zu suchen ist. Der Direktion gelten politische Äußerungen während der Arbeitszeit als die Arbeitsleistung schädigend, und sie unterbindet sie, soweit sie ihr bekannt werden, aber die von uns erwähnten allzu aufdringlichen Befundungen der monarchischen Gewinnung einigert

Fräulein.

Von Paul Enderling.

„Annemarie, wer ist das?“ Es war das erste Wort, das er bisher eingeworfen.

„Ach so, du weißt auch nicht ihren Namen. Es ist Fräulein. Aber jetzt heißt sie Annemarie.“

Sie erzählte, wie die Flut der Sehnsucht höher, immer höher gestiegen sei, bis sie zu ertrinken drohte, bis sie ihn — den anderen — herrief. Sie verschwiegte nichts, verschönte nichts und ließ nichts aus.

Und als sie fertig war mit ihrem Geständnis, sprang sie auf, blieb aber am Stuhl stehen und fragte leise, fast gleichgültig: „Wirst du mich trotzdem noch?“

Er war bleich geworden und hielt wie in übernatürlicher Anstrengung die Augen geschlossen. Die Hände hatte er fest um den Stuhl gekrampft. „Ja“, sagte er nach einer langen Pause. Und wie um sich zu kräftigen, wiederholte er laut: „Ja.“ Und nun blickte er sie an, und als er sie so schau und stichtbereit dastehen sah — er hatte sie nie so gesehen und fand sie hübscher als jemals —, sprang er auf und eilte zu ihr.

„Ich bin schwach“, stüsterte sie, sich an ihn lehrend. „Hatte mich, daß ich wieder stark werde.“

Er zog sie an sich.

„Du kannst mich ruhig küssen“, sagte sie. „Das andere ist vorbei. Ja, es ist vorbei.“

Er ließ sie los und trat zurück. Ein bitterer Zug überflog sein Gesicht. „Weil er dich nicht wollte!“

„Ja“, sagte sie ruhig. „Aber so ist das Leben. So sind wir Frauen. Du liebst mich ja ober. So denke doch wie — ist es nicht Mignon? — denke: Wenn ich dich liebe — was geht's dich an?“

Er sah sie verblüfft an. „Das sagt nicht die holde Mignon, sondern die dreiste Philine.“

„Nun ja —“

„Das ist ein großer Unterschied, liebes Kind.“ Der Philosoph in ihm war erwacht. Sie merkte: er fühlte sich ihr nichtlich überleben. In befehlendem Ton: als stünde er auf dem Redner, fuhr er fort: „Es ist ein gänzlich unmoralischer Geyuch und hat einen ganz anderen Sinn, als den du ihm jetzt

beilegt. Er ist das Resultat einer egoistischen Weltanschauung.“

„Bist du nicht auch ein Egoist?“

„Ich?“

„Ja. Wirst du mich nicht mitami meiner Vergangenheit? Du verlangst ein bißchen viel. Begnüge dich doch mit der Zukunft.“

„Mit der Zukunft —“ sagte er und sah sie fast lauernd an. „Ja, ja, das ist alles schön und gut. Aber —“

Thea begriff, was er meinte. Der gute Henning war nicht so schwer zu begreifen. In ihm kämpfte ein jäh erwachtes Mißtrauen mit der Verlegenheit, wie er es äußern könne. Und als Thea ihn ganz und gar begriff, ging sie von ihm fort zum Fenster und sagte: „Also lebe wohl!“

Er fuhr auf. „Thea, was soll das?“

Sie schwieg und sah zum Fenster hinaus.

Er trat zu ihr. „Thea, du bist mir Rechenschaft schuldig.“

Langsam drehte sie sich um. „Rein, mein Lieber, du irrst.“

„Ich bin dir nichts mehr schuldig. Jetzt nicht mehr. . . Aber nun geh und bleibe nicht, bis ein böses Wort fällt, das uns beiden leid tut. Wir wollen in Freundschaft auseinandergehen, nicht wahr?“

„So war das nicht gemeint“, stammelte er verwirrt.

„Doch. So ist es gemeint“, beharrte sie. „Ich sah es dir an: Du gingst in Gedanken von mir fort, da du mir nicht traust. Geh nun auch in Wirklichkeit.“ Als er noch zögerte, legte sie lächelnd hinzu: „Nicht wahr? Es wäre dir lieber gewesen, wenn ich das alles nicht gesagt hätte?“

„Ja“, sagte er schnell, wie aufatmend bei dem Gedanken an diese Möglichkeit.

„Siehst du? Und das ist es gerade, was uns nun trennt.“

Begreiffst du das nicht?“

Nach einer Weile nickte er. „Ich konnte nicht anders. Verzeih!“ Er ging langsam zur Tür.

Als er schon die Hand auf der Klinke hatte, wandte er sich noch einmal um: „Ich glaube, ich hätte dich dennoch immer lieb gehabt.“

Und der Blick, mit dem er sie streifte, hatte wieder das Demütige und Schüchtern des früheren Henning.

Thea ging schnell zu ihm und gab ihm die Hand. „Du hast es gut mit mir gemeint, ja, und es tut mir von Herzen leid, daß ich nun so viel Unruhe in dein Leben gebracht habe.“

„Rein, nein“, stotterte er.

„Hab Dank!“ Aber als sie merkte, daß er sich niederbeugte, um ihre Hand zu küssen, ging sie schnell von ihm fort zum Fenster und sah hinaus. Sie wandte sich auch nicht um, als sie die Türe zufallen hörte.

Nach einer langen, langen Zeit sah sie ihn unten aus dem Hause treten und den Platz überqueren. Zwei junge Leute, die ihm begegneten, grüßten ihn. Wohlwollend waren es Schüler. Er erwiderte den Gruß nicht. Sie sah, wie die beiden sich noch ihm umdrehten.

Er tat ihr leid. Fast empfand sie zum ersten Male etwas wie Liebe für den stillen, bescheidenen Mann.

„Armer Kerl“, sagte sie leise. Wie damals am Verlobungstag.

Das letzte Mal.

Der Mondschein glitt durch die hohen schmalen Fenster. Er füllte das ganze Zimmer mit seinem frommen Glanz. Ein blaßblauer Schleier lag auf den Wänden, dem Boden, den Möbeln und über Hermanns Körper, der in einem alten Polsterstuhl hockte. Sein junges Gesicht sah fahl und eingefallen aus.

Er lag leblos, wie abgestorben, den Kopf tief auf die Brust gesenkt.

Im ganzen Hause war kein Laut zu hören. Alle schliefen. Vater und Mutter waren fort, auf einem Geburtstagsfest bei Konsuls. Er war der einzige Wachende in dem alten Hause.

Auch die Straße draußen und der Fluß schliefen. Kein Dampfer meldete sich. Keine Menschenstimme klang herüber. Alles war einschlafen oder tot.

Schlafen können — das müßte herrlich sein. Es war schon so lange her, daß Hermann eine Nacht ruhig geschlafen hatte. Schlafen, bis alles vorüber war, — welche köstlichen Gedanken. Hermann erhob sich. Kein nicht schlafen — wachen, leben, leben!

Er ging zur Türe. Leise drückte er auf die Klinke; leise, mit unendlicher Vorsicht öffnete er sie. Alles war still.

Hermann streifte die Hausschuhe von den Füßen und ging langsam auf den Flur. Als er den Fuß auf die erste Treppenstufe setzte, zögerte er und blieb eine Weile stehen. Ihn fröstelte, und er wußte wohl, daß das kalte Riesel vom Boden her über den Rücken nicht nur von der Kälte der Oktobernacht kam. Er nahm sich zusammen: Boh, es war ja das letzte Mal! Schnell eilte er die Stufen hinunter.

(Fortf. folgt.)

Angestellter sind ihr offenbar erst durch den „Vorkurs“ bekannt geworden. Ob das Kaiserbild, das die sozialistische Steuergesetzgebung über ihrem Platz täglich vor Augen haben mußte, inzwischen beseitigt worden ist oder noch beseitigt werden soll, ist aus der Ermittlung nicht zu erfahren.

Magistratsvorlesung für Notstandsarbeiten.

Der Magistrat beschloß, entsprechend einem Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers an die übrigen Reichsministerien und Regierungen der Länder, dessen Inhalt der Magistrat sich völlig anlehnt: daß Arbeiten, dessen Art, soweit sie nicht gänzlich eingestellt werden können, nur in einem beschränkten Umfang fortgeführt werden, um sie ohne erhebliche Mehrkosten und schädlichen Zeitverlust jederzeit wieder aufnehmen zu können. In einer Zeit, in der sogar auf diesen Gebieten ein Arbeitermangel in Erscheinung tritt, werden die in solchen Arbeiten gebundenen Arbeitskräfte größtenteils für eine Hebung der industriellen Erzeugung freigegeben werden können. Die jetzt zurückgelassenen Arbeiter werden dann eine willkommene Reserve sein, wenn in der Industrie die Beschäftigungsnot auftritt und eine neue Arbeitslosigkeit Deutschland heim sucht.

Der Magistrat setzte zur Vorbereitung von Notstandsarbeiten einen „Magistratsausschuß für Notstandsarbeiten“ ein, bestehend aus dem Oberbürgermeister, Stadtkämmerer, den Stadtbauräten Hoffmann und Hahn und den Stadträten Brühl, Weise und Wuyt.

Großartentischwort Konsumgenossenschaft.

Wir wiederholen unsere Mahnung, die bereits zur Vertiefung gekommenen beiden Brotarten mit dem Stichwort „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend“ sorgfältig aufzuwachen, bis sie auferstehen werden. Den Bäckermeistern wird die Lust, die Hergabe von Brot auf diese Art zu verweigern, sehr bald vergehen, wenn die Stadtverordnetenversammlung dem von uns mitgeteilten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zugestimmt haben wird. Wer übrigens in die Konsumgenossenschaft eingetreten ist, muß selbstverständlich sein Brot bei ihr und nicht bei den ortsüblichen Drohungen wildgewordener Bäckermeister.

Ein Charentheater in Schöneberg scheint zu den Notwendigkeiten geübt zu haben. Der wankelmütige „Schwarze Adler“ in der Hauptrolle muß sich auch das gefallen lassen. Zunächst hat er allerdings nur für eine Aufführungspolle „Einmal kommt die Stunde“ von Hans Hofmann mit ganz niedrigen Gehältern von Bedenken und einer entsprechenden Kritik von Paul Wasthmann gelangt. Die Geschichte scheint im Vorprogramm zu spielen und in den Parterren der Leute, die sich nicht lamellen. Man hat sich das insofern des Durchsichters von glänzenden Karten in der Fokalisation nicht scheuen. Was ebenfalls für ein Konflikt dem dunklen Gemühten auf der Bühne zugrunde liegt, mag der Teufel wissen. Auf jeden Fall genügt er, um jede Dummheit, die die Personen des Stückes machen, begründlich erscheinen zu lassen. Es wurde recht flott und leicht gespielt, d. h. gelangt. Auf eine Ermüdung der Einzeldarsteller mag der Regisseur aber verzichten, da er den hier gebotenen Raum, gleichgültig mit dem Personenverzeichnis ein Logbuch erwerben zu müssen, nicht unterlassen zu dürfen glaubt.

Die Eröffnung der Schaubühne „Die Schiffbrüchigen“ von Prieux findet Sonntag, den 27., nachmittags 7/8 Uhr im Theater Polles Caprice statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 24. November:

- 1. Kreis. Wedding, 7 Uhr. Vorsitz. H. bei Rehm, Sitzung der Elternbeiräte. Jede Schule muß durch ein Mitglied vertreten sein.
- 2. Kreis. Die Abteilungsleiter des Kreises (mit Ausnahme von) können die Plätze für die Volksschulversammlung am Sonntag, den 27. November, am Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, bei Rehm, Köpenicker Platz, Berlin, Straße 14, abholen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Plätze rechtzeitig besetzt werden.
- 3. Kreis. Die Mitglieder müssen zur Vertiefung in der Veranstaltung in der Hauptstadt rechtzeitig erscheinen. Die Delegierten müssen ihren Mitgliedschein mitbringen.
- 4. Kreis. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Sebald, Bismarckstr. 22, Vertiefungsversammlung mit Reden. Thema: Die Erziehung der Soldaten und die heutige wirtschaftliche Lage. Ref. H. Krüger.
- 5. Kreis. Neukölln, 7 1/2 Uhr bei Wolff, Köpenicker Platz, 14, Vertiefungsversammlung der Mitglieder. Ausgabe der Flugblätter. Geheimes der Funktionäre.
- 6. Kreis. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Kasino bei Wilmersdorf, Straße 24, Vertiefungsversammlung. Thema: Reglementierung und Koalition. Ref. Oberbürgermeister Weber-Griesheim, M. d. S.
- 7. Kreis. Tiergarten. Die Sprechstunden sind heute aus.
- 8. Kreis. Prenzlauer Berg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hausnummer Straße 25, Vertiefungsversammlung. Thema: Die Gemeindefunktionäre. Ref. Oberbürgermeister Weber-Griesheim, M. d. S.
- 9. Kreis. Prenzlauer Berg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hausnummer Straße 25, Vertiefungsversammlung. Thema: Die Gemeindefunktionäre. Ref. Oberbürgermeister Weber-Griesheim, M. d. S.
- 10. Kreis. Prenzlauer Berg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hausnummer Straße 25, Vertiefungsversammlung. Thema: Die Gemeindefunktionäre. Ref. Oberbürgermeister Weber-Griesheim, M. d. S.
- 11. Kreis. Prenzlauer Berg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hausnummer Straße 25, Vertiefungsversammlung. Thema: Die Gemeindefunktionäre. Ref. Oberbürgermeister Weber-Griesheim, M. d. S.
- 12. Kreis. Prenzlauer Berg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hausnummer Straße 25, Vertiefungsversammlung. Thema: Die Gemeindefunktionäre. Ref. Oberbürgermeister Weber-Griesheim, M. d. S.

Frauenveranstaltungen:

1. Kreis. Tempelhof. Der Frauenabend ist aus und findet am 26. November statt.

Morgen, Freitag, den 25. November:

- 1. Kreis. Friedrichshagen, 7 Uhr Kreismitgliederversammlung in den Conventualen-Hallen, Wilmersdorf, Straße 27. Thema: Die große Koalition. Ref. Friedrich Barthelemy, M. d. S. 7 1/2 Uhr von den bekannten Redatoren aus Hauptstadtvertretung. Erklären die Plätze.
- 2. Kreis. Abends 8 Uhr Fraktionssitzung im Rathaus Wilmersdorf.
- 3. Kreis. (früher 7.). Allgemeine Flugblattverteilung. Die Delegierten nehmen die Flugblätter einen Tag früher in den bekannten Lokalen in Empfang. — 7 Uhr Mitgliederversammlung des Kreises in den Conventualen-Hallen, Wilmersdorf, Straße 27. Thema: Die Regierungskoalition in Preußen. Ref. Friedrich Barthelemy, M. d. S. — Ferner am Sonntag, den 27. November, früh 10 Uhr, in den Conventualen-Hallen, Wilmersdorf, 27, große öffentliche Vertiefungsversammlung. Die Funktionäre sind schon um 9 1/2 Uhr ein.
- 4. Kreis. Prenzlauer Berg. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Freitag, den 25., sondern am Mittwoch, den 26. November, statt.
- 5. Kreis. Neukölln. 7 1/2 Uhr bei Braun, Rietzen, Ecke Falkenberg, Funktionärsversammlung mit allen Funktionären und Betriebsratsmitgliedern. Erklären die Plätze, die wichtige Tagesordnung. Die Delegierten bitte rechtzeitig mitbringen.

Frauenveranstaltungen:

2. Kreis. Tiergarten. 9.—12. Uhr. Der Frauenabend ist wegen der öffentlichen Versammlung auf Montag, den 26. November, verlegt.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: G. B. Lindenstr. 3, 2. Hof links, 3 Treppen rechts. Telefon: 121 08—10.

Heute, Donnerstag, den 24. November:

Reinhold-Roch. Jugendheim Wilmersdorf, Str. 22, Diskussion: „Dezisionen“. — Rechen. Jugendheim Schule Wilmersdorf, Str. 6—7, Diskussion: „Antisemitismus und Antisemitismus“. — Kreisabend. Jugendheim Wilmersdorf, Scherwegstraße, Vortrag: „Die Rolle der Jugend“. — Gilden. Jugendheim Schule Wilmersdorf, 24, Vortrag: „Die bürgerliche Jugendbewegung“. — Kreisabend. Jugendheim Wilmersdorf, Str. 22—24, Vortrag: „Kritik an den Genossen Schütte“.

Weiter bis Freitag mittags. Zeitweise häufig und vielfach weiter. Ruhig in den Mittagsstunden überall Arbeit.

Wie kann der Wucher bekämpft werden?

Die Vorbereitungen im Polizeipräsidium.

Die gemeinsten aller Praktiken des freien Handels, das Schlebertum, der Kettenhandel, der Wucher, das schamlose Spekulieren mit allen lebensnotwendigen Dingen hat heute in einem Umfang und mit einer Strupellosigkeit angefangen, die nur mit jenen unerhörten Zuständen während des Krieges verglichen werden kann, als die Konsumentenschaft und ihre Vertreter mundtot gemacht waren und jenes Geschicht mit den dahingeliebenen Frauen und Kindern machen konnte, was ihm beliebt.

Damals — es war im Jahre 1916 — schrieb der zu den entschieden bürgerlichen Sozialpolitikern gehörige Dr. Heinz Potthoff: „Jetzt handelt es sich um die Gefahr des Hungertodes eines Teiles unseres Volkes durch einen anderen Teil desselben, um die Abwehr eines inneren Feindes, dessen Gefährlichkeit gar nicht hoch genug geschätzt werden kann.“ Dann äußert er sich über die Kartoffelfrage und es klingt, als ob es in diesen Novembertagen gesprochen worden sei. „Vorräte waren genug vorhanden, aber sie wurden nicht auf den Markt gebracht. Die Preise erreichten eine Höhe, die durch das Verhältnis von Vorrat und Bedarf gar nicht gerechtfertigt war, und am Schluß verdarben gar ungeheure Massen oder mußten zu Spiritus verarbeitet werden, weil die zurückgehaltenen Vorräte nicht mehr von den Menschen verwertet werden konnten, die vorher sich nicht hatten satt essen können.“

So war es 1916, so wurde es im Herbst 1921, so kann es wieder im Frühjahr 1922 werden, wenn es nach dem Willen der Agrarier und Großhändler, der Wucherer, Schieber und Kettenhändler geht.

Was kann geschehen?

Holler Verzweiflung und stiller Empörung werden sich in den letzten Tagen und Wochen die Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung oft genug gefragt haben: Gibt es denn gar kein Mittel, um dieser unerträglichen Leuerung und dem immer frecher werdenden Wucher abzuhelfen? Das eine Notmittel des Krieges, für dessen Aufrechterhaltung wir Sozialdemokraten unter Betonung der immer noch bestehenden Ausnahmezeit wiederholt eingetreten sind, die Zwangsbeschaffung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, ist durch den Willen der bürgerlichen Mehrheit zu der leider noch genug kleine Beamte, Angestellten und auch Arbeiter gehören, aufgehoben worden. Da der Markt mit geringen Ausnahmen frei ist, herrschen auf ihm auch die Gesetze des freien Handels. Um so mehr ist es Pflicht der Behörden, die Konsumenten vor jeder Bewucherung zu schützen und zuzugreifen, wo sie nur können. „Rückfahlos“ fügen die meisten hinzu, wenn sie vom Zugreifen sprechen. Die praktische Bekämpfung des Wuchers mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs liegt in den Händen der

Wucherabteilung des Polizeipräsidiums.

Die zu einem großen Teil mit Beamten besetzt ist, die in der Kriegszeit ihre Erfahrungen gesammelt haben und sie nunmehr erneut in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Man gewinnt an dieser Stelle sehr bald die Überzeugung, daß das „rückfahlos Zugreifen“, wie es so gerne gewünscht wird, einen wirklichen Erfolg nur dann aufweisen wird, wenn ihm eine gründliche Vorbereitung, die natürlich in aller Stille erfolgen muß, vorausgeht.

Der wilde Handel.

um den es vielfach geht, ist schwer zu fassen, und es bedarf eines sehr vorsichtigen Arbeitens der Wucherbehörde. Wertet die saubere Kunst, daß z. B. in Berlin von der Behörde kontrolliert und scharf zugepackt wird, so verhindert sie einfach, daß die Waren auf Berlin zurollen, und sie verstreuen sich nach dem Westen oder nach Gegenden, wo wenig oder gar keine Kontrolle ist. Berlin kann unter Umständen vor die Frage gestellt werden: Entweder Waren um jeden Preis oder gar keine Waren! Ein weiterer Miffland der Wucherbekämpfung ist, daß die polizeiliche Wucherkontrolle zwar das Recht der Feststellung hat, aber natürlich nicht das Recht der Beurteilung. Ein Prozeß oder findet erst nach vielen Monaten, wenn nicht gar nach Jahresfrist seine Erledigung.

Selbstverständlich wird auch eine Wucherkontrolle beim Kleinhandel ausgeübt, dem das Publikum gern und schnell den Vorwurf des Wuchers macht. Die eingestellten und bewährten Firmen sind aber vielfach in der Lage, den angebliebenen Wucherpreis aus ihren erhöhten Einstandspreisen und Unkosten nachzuweisen, den weniger soliden ist aber gleichfalls selten etwas nachzuweisen.

Die Buchführung in der Westentasche.

Diese Sorte Firmen hat meist keine Einkaufsrechnungen zur Hand, weil ihre ganze „Buchführung“ in der Westentasche untergebracht ist bzw. in der Banknotentasche. Was sie einkaufte bezahlen sie daraus, was sie aus dem Verkauf einnehmen, stecken sie wieder hinein. Eine Buchführung gibt es nicht, also ist es auch schwer, ihnen etwas nachzuweisen. Eigenartig berührt es, wenn man hört, daß den Beamten des Schuldienstes gegen den Wucher in den Läden, in denen sie lediglich im Interesse des tausenden Publikums Feststellungen machen, von den anwesenden Hausfrauen Schwierigkeiten bereitet worden sind. weil diese fürchten, daß die Beamten zur Schließung des Ladens schreiten werden, was aber nur in den seltensten Fällen geschieht. Das gesetzliche Vorgehen der amtlichen Wucherbekämpfung stützt sich natürlich auf eine Anzahl gesetzlicher Bestimmungen.

Ueber diese und über die Möglichkeiten einer praktischen Wucherbekämpfung werden wir in weiteren Ausführungen berichten.

Die Hundertschaft z. b. V.

Mordprozeß um Wachtmeister Buchholz.

In der Fortsetzung seiner Vernehmung schildert der Angeklagte Hauptwachtmeister Meyer, wie er in der Kaserne der Hundertschaft die von der Kommande zu beschlagnahmenden Waffen verstecken sah und vor der Waffenkammer ein Maschinengewehr aufstellte. Plötzlich sei die Kaserne von einer Hundertschaft umstellt und besetzt worden, um die Hundertschaft z. b. V. zu entwaffnen. Zunächst habe man an Widerstand gedacht, als aber der Schupotommandeur Kaupisch selber erschien, habe man das Vorgehen als eine behördliche Aktion erkannt und sich gefügt. Meyer betont den guten Geist, der in seiner Inspektion unter den Kameraden geherrscht habe, und das gute Verhältnis zu Hauptmann Siennas. Ueber Buchholz, der zu einer anderen Inspektion gehörte, habe er im Hinblick auf umlaufende Gerüchte, daß er sich Unterschlagungen habe zuschulden kommen lassen, gesagt:

„Der muß am die Ecke gehen!“

Das habe aber nicht bedeutet, Buchholz solle durch Wache um die Ecke gedrückt werden, sondern nur, er müsse aus der Hundertschaft hinaus. Meyer selber habe mit Buchholz' Tod nicht das geringste zu tun gehabt. Als er von seiner Stube den Schuß hörte, sei er hinausgelaufen und unterwegs habe man ihm bereits zugerufen: „Buchholz hat sich erschossen!“

Der Angeklagte Unterwachtmeister Erren will weder von einem bei der Hundertschaft bestehenden Geheimbund „Ringmänner“ noch von einem Thronerbschaft etwas gewußt haben. Als Jaspers und Rummel beschuldigt wurden, die Waffenverheimlichung verraten zu haben, und ihnen das bei der Vorverurteilung vorgehalten wurde, sei zur Prüfung „nur ein kleiner Ausschuß“ zusammengetreten. Von Buchholz sagt Erren, daß er ihm sehr gleichgültig gewesen sei. Buchholz habe sich nicht kameradschaftlich benommen, einen Gruß nicht erwidert und sich abseits gehalten. Er habe, wenn er in Zivilkleidung ginge, sich stets sehr nobel gegeben, auch kostspielige Paßionen gehabt, sich z. B. Rassehunde gehalten, die er mit Beefsteaks und Koteletts gefüttert habe. Alles das habe sich mit der mäßigen Höhe seines Gehalts schwer vereinen lassen, so daß man das Gerücht von Unterschlagungen glauben konnte. Aus den Unterschlagungen erkläre sich dann auch der Selbstmord. Erren sei in Buchholz' Arbeitszimmer gegangen, um zu telefonieren. Hinter ihm müsse unbemerkt Buchholz selber eingetreten sein. Plötzlich habe er einen Schuß fallen hören und sich umdrehend Buchholz zu Boden sinken gesehen. Ueber ihn hinwegschreitend, sei er hinausgelaufen, um Hauptwachtmeister Meyer herbeizuholen, und habe auf dem Korridor einem ihm bezeugenden Beamten zugerufen: „Buchholz hat sich erschossen!“ Dasselbe habe er dann zu dem schon herbeieilenden Meyer gesagt.

Der Vorsitzende läßt Erren vor, daß Buchholz zum Aussehen angeklidet war und sich doch auch nicht in dem Augenblick erschossen würde, wo in seinem Zimmer eine andere Person war. Auch sei der Schuß in den Hinterkopf gegangen.

während in der Regel ein Selbstmörder sich von vorn erschließen würde. Erren antwortet: „Es ist nicht jedermanns Sache, in den Lauf einer Pistole hineinzusehen. Wenn er sich von vorn erschließen will, könnte er schwach werden.“ Er

zeigt, wie man hinter sich halten und die Kugel sich von hinten in den Kopf jagen kann. Die bei Buchholz gefundene Pistole mit dem Kaliber 7,65 gehörte zu den nur bei besonderen Anlässen ausgearbeiteten. Erren behauptet, daß es eine einmal einem Leutnant abhanden gekommene Waffe sei. Daß es sich um einen Selbstmord handle, wolle die Angeklagten immer wieder durch Hinweis auf den gegen Buchholz erhobenen Vorwurf der Unterschlagung von 175 000 M. glaubhaft machen. Meyer gibt an, Buchholz habe, als er in Untersuchungshaft ging (aus der er nach fünf Tagen wieder entlassen wurde), erklärt, allein wolle er nicht hineingehen, er werde noch andere mitnehmen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Asberg kündigt an, daß er in der Beweisführung die Motive des Selbstmordes, nicht nur die Unterschlagungssaffäre, sondern auch die Zermürbung des Ehepaares Buchholz, werde befechten müssen.

Darauf werden zunächst die

Sachverständigen

vernommen. Polizeiarzt Dr. Pellnich hat als erster die Leiche gesehen, den Einschuh am Hinterkopf für den Ausschuh gehalten und aus einer Gummiverletzung aus einem Schuh durch den Mund geschlossen. Da er wußte, daß Buchholz der Unterschlagung beschuldigt wurde, so schien ihm ein Selbstmord glaubhaft. An einen solchen dachte er um so mehr, weil ihm „in diesem Kreis von Beamten die Möglichkeit eines Kriminalfalles nicht gegeben schien.“ Medizinalrat Dr. Störmer hat die Leiche obduziert und ist zu der festen Überzeugung gelangt, daß

der Schuß unbedingt von fremder Hand

aus einer Entfernung von mindestens 30 Zentimetern abgegeben wurde. Er erläutert das durch Vorweisung des präparierten Schädels. Daß Buchholz selber sich von hinten erschossen habe, hält er für unmöglich. Geheimer Medizinalrat Dr. Schmilinski, der an der Obduktion teilgenommen hat, ist über die Frage Mord oder Selbstmord zu keinem klaren Ergebnis gelangt. Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Straßmann hält einen Selbstmord, wenn auch die Art der Ausführung ungewöhnlich sei, für möglich.

Selbstmorde durch Schuß in den Hinterkopf

selen in einigen anderen Fällen zweifelsfrei nachgewiesen worden. Bei rauchschwachem Pulver könne, wie in dem Fall Buchholz, die Hautverbrennung fehlen; das beweise nichts gegen die Annahme eines Selbstmordes. Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch hat nichts gefunden, was gegen einen Selbstmord spricht. Daß Selbstmörder sich auf sonderbare Art und in Gegenwart anderer Personen erschließen, komme öfter vor. Schießsachverständiger Borella hält, entgegen seiner früheren Ansicht, einen Selbstmord durch Schuß in den Hinterkopf für möglich, nachdem Erren die Möglichkeit, eine Pistole so zu halten, gezeigt habe. Schießsachverständiger Bod sieht durch das Fehlen von Pulverfouren die Annahme eines Selbstmordes als nicht widerlegt an. Ingenieur Schumacher bestätigt, daß bei rauchschwachem Pulver die Hautverbrennung fehlen kann.

Heute beginnen die Zeugenvernehmungen.



Ich habe mancherlei versucht,

bin aber immer wieder zu meiner alten Marke zurückgekehrt: der guten Mossary-Caid

Neu: Caid mit Gold und mit Kork 60.8

Aus aller Welt.

„Vom Schiffsjungen zum Kapitän“.

Unter dieser irreführenden Überschrift erschien der „Händler“ Fr. aus Altona in vielen Zeitungen Deutschlands Anzeigen, die viele junge Leute nach Hamburg lockten. Hier angekommen, wurden ihnen laut Probezeit 800 bis 600 M für Kost und Logis und Ausbildungsgegenstände abverlangt. Da in Hamburg an Seeleuten kein Mangel

ist, gelang es Dr. der zur Arbeitsvermittlung kein Recht hatte, nur durch Schiebern einige junge Leute auf kleine Schiffe zu bringen, von denen sie nach kurzer Zeit wieder entlassen wurden. Vollständig mittellos waren sie den Gefahren der Großstadt preisgegeben. Dr., der vor einigen Wochen wegen dieser Delikte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte, wurde zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Es ist jungen Leuten, die zur See fahren wollen, dringend zu raten, sich an das hamburgische Arbeitsamt zu wenden.

Der Wiener Wald- und Wiesengürtel hat sich nach einem Wort vom Tage in einen Saluten- und Devisengürtel verwandelt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Internationale Gewerliche für Frieden und Freiheit, Berlin, Mittwoch, 30. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Rotes Haus“, Rosenberglage 4, Versammlung. Regierungsrat Hans Goslar spricht über „Nationalismus und Internationalismus“. Gäste willkommen. — Verband Volksgesundheits, Donnerstag, den 24., Vortrag des Genossen M. Rudolf „Gegenseitige Hilfe in der Krieg- und Weltzeit“ in der Kleberstraße 12. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Figaros Hochzeit
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 1/2 U. Louis Ferdinand
Fr. 7 1/2 U. Louis Ferdinand
Prinz von Preußen

Kammerspiele
8 U.: Der Hühnerhof
Fr. 8 U.: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlstadt)
7 U. Götz v. Berlichingen
Fr. 7 U. Die Räuber

Vollsbühne
Theater a. Blomplatz
7 1/2 U. Maffie Menich

Lessing-Theat.
Zum 300. Mal:
7 1/2 U. Die Spielerelen
einer Kaiserin
(Durieux, Steinrück,
Sternberg)
Freitag 7 1/2 U.
Der lasterhafte
Herr Tschu
Sonntag u. Sonntag 7 1/2 U.
Die Spielerelen Kaiserin
Montag 7. Peer Gynt

Deutsches Künstler-Th
Allabendlich 7 1/2 U.
Der heilige Ambrosius
(Max Adabert)

Königgrätz. Str.
7 30 Uhr: Hildalia
(Hartau, Chast. Schulz,
Riemann, Kinn, Hildt,
Dersburg, v. Twardowski
Brand)

Komische
7 1/2 U. Oper 7 1/2 U.
Dir. Jam. Klein
Die große
Revue
Der Herr
der Welt

Komödienhaus
Täglich 7 30 Uhr:
Die Fahrt
ins Blaue
(Gässner, Richard, Engl,
Fröckl, Sildera)

**Keine Bühne der
Welt bietet sol-
che Prachtans-
talt u. Nam b-
rühmt. Darstell.**

Berliner Theat.
Täglich 7 30 Uhr:
Prinzessin
Olala

**Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wilh. Hartstein
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
Albert Paulig
75 Damen-
Ballett!**

Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts,
Pepi Zampa, Hb. Kiper

Central-Theater
7 1/2 U.: Detektivmadel
Deutsches Opernhaus
7 1/2 U. Die Spelunks
Lauf doch nicht immer
nackt herum
Klein. Schauspielhaus
7 1/2 U. Nachtasyl
Lustenthaus

Intimes Theater
8 U.: Die Spelunks
Lauf doch nicht immer
nackt herum
Klein. Schauspielhaus
7 1/2 U. Nachtasyl
Lustenthaus

Gasino-Theater
Lohring, Str. 37 Tagl. 7 1/2 U.
Der neue Schlager
Der Weg z. Glück
Volksstück in 4 Aufz.
Stg. 3 1/2 U. Tante Bella

Neues Operetten-Th
Neues Theater am Zoo
7 1/2 U.: Dar Dummkopf
30 U.: Petz-Käner-Ball
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Jugendfreunde
Schiller-Th. Charlitz
8 Uhr: Die Schmetter-
lingenschacht
Schloßpark-Th. Steglitz

Neues Operetten-Th.
Schöneberg
Hauptstraße 144.
Täglich 8 Uhr
Einmal
kommt die Stunde
mit
Ella Balzer - Licht-
stein, Agni Wilke, Georg
Baselt, Max Wilberg,
Josef Cornum u. a.

Thalia-Theater
7 1/2 U. Schäm Dich, Lotte
Theat. am Nollendorpl.
8 1/2 U. Der dunkle Punkt
U. Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2 U. Braut d. Lucullus
So. 4. Hängel u. Grell
Th. d. Kommandant Str.
(Jüd. Kommandant-Th.)
7 1/2 Uhr Dybak
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr. Nixchen
Walhalla-Theater
U. Jung muß man sein

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Residenz-Theat
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das weiße Land
von Schützler,
Trlesch, Beiers, Korff
Schroth, Welcher,
Schneider-Nissen,
Haibe, Föhn

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eug. Burg, Carola Tocié
Falkenclau, Albers in

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Frl. Josette
— meine Frau
Trianon-Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der gr. Erfolg!
Mein Freund
Teddy

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Theater d. Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr
Fidele Brüder

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Frl. Josette
— meine Frau
Trianon-Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der gr. Erfolg!
Mein Freund
Teddy

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Theater d. Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr
Fidele Brüder

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9

Fidele Brüder

Alte Meister
anerkannte, wirklich
erstrahlend - its inner
und Spanier des 14
bis 17. Deutsche und
Viamen des 15 und
16. Holländer des
17. hervorragende
Franzosen des 18
und allererste, also
bedeutende Fran-
zosen des 19. Jahr-
hunderts 100/9



URAUFFÜHRUNGEN DER WOCHE!

Die Abenteurerin von Monte Carlo

Ein Film in 3 Teilen von Dr. Willi Wolff und A. Semlay
— ERSTER TEIL —
Die Geliebte des Schahs
Hauptrolle **Ellen Richter**
Freitag, den 25. November, 6 Uhr, im
UTKuri-Dr. tendamm u. UT Nollendorplatz

Die Jagd nach Wahrheit

Schauspiel in 5 Akten von J. Sternheim mit
Erika Gläbner / Fritz Kortner
Regie: **Karl Grune**
Freitag, den 25. November, 6 Uhr, in den
Ufa-Lichtspielen **TAUENTZIENPALAST**

Admirals Palast
7 1/2 Uhr: Abrahamab

Trabrennen Mariendorf
Donnerstag, 24. Novbr., mittags 11 1/2 Uhr
8 Rennen. Gesamtpreise 97000 Mark

FOLIES CAPRICE
Lin.enstr. 132,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Die Dame im Bett
mit Ferd. Gräneckel
Tel. Norden 1600

Ich kaufe:
Moderne Meister

8 Uhr
SYLVIA
11
Küchenstr. 11

CIRCUS BUSCH
Tel. 7 1/2 U.
Sonnt. auch 3 Uhr
Das haben wir
noch nicht gesehen
so lauten die ent-
scheidend. Applaus
d. Circ. Busch-Be-
sucher Indisches
Man-Schauspiel. Die
Schlange der Durra
vkl. Werth. Circ K

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

11 Sensationen

11 Sensationen

Quecksilber!
Jedes
Quantum
nimmt
Varieté
Domb. 11 1/2 U. 4 6

VORWARTS ALMANACH
1922
In Tiefdruck hergestellt,
reich illustriert, enthält er
viele interessante Auf-
gaben, wertvolle Gegen-
wartfragen, ferner Er-
zählungen, Anekdoten,
u. a. m. für Jung und alt.
Preis in kühl. Mehr-
farbendruck Mark 4,-

**Gold-
Silberbruch**

**Gold-
Silberbruch**

Neue Haut
erzellt man schmerz-
los, unmerklich für die
Umgebung durch die
echte Vater-Philipp-
Schätkur 3 12 M., vom
Vorsch. komm. Erb. I. d. Elfenbeinapoth. Leipz.
Str., u. Droger. Basilienstr. 2, Pehmarnstr. 1, Rei-
nickend St. 119, Charlottenstr. 7A, P. k., Printz 6

Martin Breslauer
Verlagsbuchhändler und Antiquar
Berlin W 8
Friedrichstr. 45

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Alte Meister

Mitteldeutsche Creditbank

Frankfurt a. M. — Berlin

Bezugsangebot

auf Mk. 30 000 000. — neue Aktien

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 18. November 1921 hat beschlossen, das Grundkapital um M. 30 000 000. — auf Mk. 140 000 000. — zu erhöhen durch Ausgabe von 50 000 auf den Inhaber lautenden, vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigten Aktien zu je 1000 Mk. Unter Ausschließung des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre sind die neuen Aktien an ein Konsortium zum Kurse von 180 %, frei von Stückzinsen mit der Verpflichtung begeben worden, einen Teilbetrag von Mk. 80 000 000. — den alten Aktionären derart zum Bezug anzubieten, daß auf je 3000 Mk. alte Aktien eine neue Aktie von 1000 Mk. zum Kurs von 180 %, zuzüglich des Schlussnotenstempels, jedoch frei von Stückzinsen bezogen werden kann.

Nachdem die erfolgte Erhöhung des Grundkapitals in das Handelsregister eingetragen worden ist, bieten wir namens des Konsortiums in Gemäßheit der Beschlüsse der vorerwähnten Generalversammlung den Inhabern der alten Aktien die neuen Aktien zu nachstehenden Bedingungen zum Bezug an:

1. Auf 3000 Mk. alte Aktien kann eine neue Aktie von 1000 Mk. zum Kurs von 180 %, zuzüglich des Schlussnotenstempels, jedoch frei von Stückzinsen bezogen werden.
2. Das Bezugsrecht ist bei Minderung des Verlustes in der Zeit vom 23. November 1921 bis einschließlich 10. Dezember 1921 bei einer der folgenden Stellen geltend zu machen:
 - in Frankfurt a. M. } bei der Mitteldeutschen Creditbank
 - und } bei der Mitteldeutschen Creditbank
 - in Berlin } ferner bei sämtlichen Zweigniederlassungen der Mitteldeutschen Creditbank an anderen Plätzen
 - in Coblenz u. Köln } bei der Firma Leopold Saligmann
 - in Leipzig } bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (Abteilung Becker & Co.)
 - in Meiningen } bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft
 - in München } bei der Firma H. Aufhäuser
 - in Stuttgart } bei der Fa. Doertenbach & Cie., G.m.b.H.
 - in Tübingen } bei der Bankcommandite Siegmund Weil.
 - in Hechingen und } bei der Bankcommandite Siegmund Weil.
 - in Sigmaringen }
3. Bei Ausübung des Bezugsrechtes sind die Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeübt werden soll, ohne Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine mit einem doppelt ausfertigten Anmelde-schein, für den Vordruck bei den Anmeldestellen erhältlich sind, einzureichen. Mit der Einreichung ist der Bezugspreis von 180 Proz. mit Mk. 1800 für jede Aktie und der Schlussnotenstempel einzuzahlen. Ueber die Zahlung wird auf einem der beiden Anmelde-scheine, der dem Einreicher zurückgegeben wird, quittiert. Die alten Aktien werden mit einem die Ausübung des Bezugsrechtes kennzeichnenden Stempelaufdruck zurückgegeben.
4. Die Aushändigung der neuen Aktien an den beziehenden Aktionär erfolgt gegen Rückgabe des mit der Quittung über die Einzahlung versehenen Anmelde-scheines bei derjenigen Anmeldestelle, die über die Empfangnahme des Geldes quittiert hat, gegen Empfangsbestätigung. Der Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien wird bekanntgegeben werden.

Frankfurt a. M., den 23. November 1921.

Mitteldeutsche Creditbank.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Filiale Berlin.
Freitag, den 23. November, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Canal 4, Cappelstraße 25

Mitglieder-Versammlung.

Agendaordnung:
1. Bericht von den Vorstandsarbeiten
2. Wahl eines Stellvertreters zum Beirat
3. Beratung und Beschlußfassung über das dringliche Organisationsstatut
4. Verabschiedung
Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Wichtigkeit der Angelegenheit wegen erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen
179/7 Die Ortsverwaltung.

Verkauf von Bibliotheken
Bücher, Musikblätter, Hand-
schriften, Auto, raph., Illustr.
Werden aller Zeiten, Handschrift
mit und ohne Malereien, alten
Drucke, einige neue Bücher von
Best. Stammbüchern usw.

Martin Breslauer
Verlagsbuchhändler und Antiquar
Berlin W 8
Friedrichstr. 45

Andie Bevölkerung Groß-Berlins!

Seit dem 20. 9. 21 bis zum 12. 11. 21 ist der Preis für das im freien Handel käufliche Roggenmehl um 370 M. und für Weizenmehl um 430 M. pro Doppelzentner gestiegen. Diese wahnsinnigen Steigerungen der Mehlpreise halten an. Wir sind deshalb gezwungen, die Preise zunächst für das markenfreie Brot auf 10 M. und für markenfreie Schrippen auf 50 Pf. zu erhöhen. Die diesen Preisen zugrunde liegenden Berechnungen haben wir der Preisprüfungsstelle überreicht.

Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin e. V.
Vereinigung der Brotfabrikanten Groß-Berlins.
Freie Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Vororte.

Krause Planos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstr.

Klaviere
bessere abbl. faulst Herer,
Göbenstr. 8, Rosenb. 1184

Auf Teilzahlung
Anzüge
Cutaways, Raglans,
Schluppers, Giletts,
Blousons, mod. Boden
beim Metz. Ratschke's.

Leiser Gottlieb
Nollendorferstr. 22a II
Nähe Nollendorfer-Pl.
Sonntag 9-1

Eile
und Verzinsung
von 50-500 Reichsmark
zu vergeben.
Pestische Luisenheut.
Reichenberger Str. 84,
Tel.: Störigal. 12900.

SOENNECKEN
BONNA-FEDER

Überall erhältlich

7. SOENNECKEN • BONN • Berlin W, Taschenstr. 16-18

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garant. f. gut. Sit. u. Verarbeitung?
May Hotel, Schneiderstr.
Kaufhaus, Ringbahnstr. 28 • Tel. 909
Lieferung für höchste Staatsbedürfnisse
Siele Anfertigungen u. Danischreiben

PELZWAREN-SPEZIALHAUS

Eile zu Weile
119 Dresdener Str. 119

Größte Auswahl in
**Silberwölfen-, Kreuz-, Zobel-,
Alaska-Füchsen, Skunks!**
Pelzhüte elegant u. leicht
Anfertigungen u. Neuarrangements
Eigene Werkstatt!

119 Dresdener Str. 119

Schlosser, Stellmacher, Tischler!

Elektrisch betriebene Werkzeuge
beschleunigen den Arbeitsgang, sparen Zeit und Geld!

Bohrmaschinen jeder Größe, Schleifmotoren, Poliermotoren
liefert die

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft

Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Bruch) Platin
Zahngelbisse

Zahn 10 bis 150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausländisch.
Gold- u. Silbermünzen

Kurt Kohler, Berlin
Lothringer Str. 34

Stoffe!

Das praktischste Weihnachtsgeschenk
Günstigste Gelegenheit

Große Auswahl. Noch sehr preiswert

Wormann Nachf.
Kottbuser Str. 9 (Laden)

Tuchfabrik-Niederlage

H. Lamprecht, Dln.-Zeptom, Dönhofstr. 17
liefert direkt an Privats Stoffe für Herren und
Damen aus Fabri pers. Woll- u. Baletstoffe
Geschäftszeit von 9-7 Uhr

Pollklinik f. unentgeltliche Beratung

für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten,
Syphilis, Harnröhrenleiden, Inzest u. de-
sonders venereal, etc. nervöse Störungen,
Mannesschwäche, Haarausfall usw. jeden
Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H.
Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 117,
Ruhensow Str. 73, am Kriminalgericht. Bei-
lehrende Broschüre voll- u. diskret gegen 2 M.
Leiden anrufen.

Der
beste
Schuhputz
ist

Urbin

Millionenfach verbraucht man ihn

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften
ausdrücklich

Urbin-Terpentinölware
die noch nie erreichte Qualität!

**Ankauf
Juwelen**

Margrat & Co.
Kanonierstr. 9

Dringender Bedarf!

Kokoski faust wieder
und zahl! für
Brillanten, Edelsteine
Platina, Gold- und Silberbruch

kaufen Gegenstände den höchsten Tageskurs
Direkte Verwertung

Brunnenstr. 168 Goldmünzfabrik
mit elektr. Betrieb

Teleph. Humboldtstr. 8491 Genz. 1946

**Suche
zur Selbstverwertung**

Edelsteine
u. Schmuckstoffe
zu höchst. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstr. 210
Edel-Rohstoffe

Zahngelbisse bis 2000
Gold-, Silber-Bruch
20-200

kaufen wieder zu allerhöchsten Tagespreisen
Laborator. Seidenbach, Kurfürstenstr. 97,
eigenh. Haupting. Zoo. Achtung, kein Laden!
Haustorling direkt an d. Ecke Kurfürstendamm,
8-7, Sonntag 9-2. Bei Ankauf wird Fahrzeld vergütet.

Spezial-Behandlung von
Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder
Art b. Männ. u. Frauen. Oper. veralt. Harnl., nerv.
Schwäche usw. ohne Operat. u. Berufsstörz. Bes.
sond. f. Kranke, welche anderwärts nicht a. ge-
heitigt worden. Anwendung d. wissenschaftl. amerik.
u. franz. bewähr. künstl. HÖ-ent-entw. (Blutunter-
such). Sprechst. 11-12 u. 7-9 Sonntag, 12-1 Uhr.
Otto Reichel, Berl. 45,
50, Eisenbahnstraße 4.
Eck. Friedrichstr.
14 M. v. Steit St.

Soeben erschienen!

Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunistischen Internationale

E. VARGA

Steuerfragen und Steuerpolitik

Inhalt: Steuern und Gesellschaftsformen. / Die Grundbegriffe der Steuerlehre. Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern. / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien.

24 Seiten. Zu beziehen durch Preis 30 Pf.

Carl Hoym Nachf. Louis Cahmley, HAMBURG 11

Jedes Wort 1.50 M. Das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stielengesuche und Schlußstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1.50 M. jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 abgeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abend.

Verkäufe

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.

Wäsche, Schürzen, Hüte, etc.
Wäsche, Schürzen, Hüte, etc. in großer Auswahl. Preis 1.50 M. anfangend.